

Urszula Pękala

Deutsch-polnische Versöhnung an der Schnittstelle von Religion und Politik

»[W]ir lassen uns von den Hirten unserer Kirchen inspirieren, die nach der sehr tragischen gemeinsamen Geschichte des Zweiten Weltkriegs sagten: ›Wir gewähren Vergebung und bitten um Vergebung.¹« Dies sprach der ukrainische Präsident Petro Poroschenko im Dezember 2014 in seiner Rede vor dem polnischen Parlament. Er berief sich damit explizit auf einen Brief, den die griechisch-katholischen Bischöfe der Ukraine und die römisch-katholischen Bischöfe Polens im Juni 2005 gemeinsamen veröffentlicht hatten. Die betreffende Passage in dem Brief lautete:

Lasst uns vor allem nicht vergessen, dass wir Kinder Gottes sind. Lasst uns zu unserem Vater beten: »Vergib uns unsere Schuld, wie auch wir vergeben unsern Schuldigern«. Damit unser Gebet Früchte trägt, lasst uns gegenseitig zurufen: »Wir gewähren Vergebung und bitten um Vergebung«. Diese Worte besitzen doch eine historische Wirksamkeit in der Versöhnung zwischen den Völkern (vgl. Botschaft der polnischen Bischöfe an die deutschen Bischöfe, Rom 1965)².

An Poroschenkos Rede war ein Zweifaches auffallend. Zum einen nahm er bei seinem offiziellen Auftritt als Staatsoberhaupt vor einem politischen Gremium ausdrücklich Bezug auf ein kirchliches Dokument und betrachtete das Handeln der Kirchenvertreter als inspirierend für Politiker. Zum anderen war der von Poroschenko zitierte Satz in dem polnisch-ukrainischen Brief selbst ein Zitat, das aus der Versöhnungsbotschaft der polnischen Bischöfe an ihre deutschen Amtsbrüder von 1965 stammte³. Heute – ein halbes Jahrhundert

1 Der vollständige Wortlaut der Rede in polnischer Sprache ist auf der Webseite des polnischen Nachrichtensenders TVN24 zugänglich, URL: <<http://www.tvn24.pl/wiadomosci-ze-swiata,2/poroszenko-w-sejmie-przemowienie-prezydenta-ukrainy,499393.html>> (27.05.2017; Übers. aus dem Polnischen – U.P.).

2 List biskupów greckokatolickich Ukrainy i rzymskokatolickich Polski z okazji aktu wzajemnego przebaczenia i pojednania, Dokument auf der Webseite der Polnischen Bischofskonferenz, URL: <<http://episkopat.pl/pokoj-miedzy-narodami-jest-mozliwy/>> (27.05.2017; Übers. aus dem Polnischen – U.P.).

3 Die Botschaft der polnischen Bischöfe an die deutschen Bischöfe vom 18. November 1965, abgedruckt in: Gerhard ALBERT (Hg.), Versöhnung aus der Kraft des Glaubens. Analysen, Dokumente, Perspektiven 1965–1985. Zwanzig Jahre nach dem Briefwechsel zwischen den polnischen und deutschen Bischöfen, Bonn 1985, S. 9–15.

später – gilt dieses Dokument als ein Meilenstein der deutsch-polnischen Versöhnung nach dem Zweiten Weltkrieg und unterliegt mittlerweile einer gewissen Universalisierung als Symbol für Versöhnung zwischen verfeindeten Völkern schlechthin.

Das genannte Beispiel repräsentiert nur einen kleinen Ausschnitt aus dem breiten Spektrum diverser Initiativen, die Christinnen und Christen in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg unternahmen, um ihre Völker zur Versöhnung zu bewegen. Man wandte einen theologisch begründeten Begriff von »Versöhnung« und ein theologisch begründetes Versöhnungshandeln auf den politischen Sachverhalt eines internationalen Konflikts mit schwerwiegenden globalpolitischen Folgen an und überschritt somit die Domäne der Religion und der Theologie. Es ergaben sich aber nicht selten Spannungen zwischen einer theologisch-normativ gefassten Versöhnungsidee und deren praktischer Umsetzung in konkreten politischen und gesellschaftlichen Bedingungen. Selbst wenn die christlichen Kirchen in den Versöhnungsprozessen bis heute eine wesentliche Rolle spielen, wirken sich politische Einflüsse und Interessen auch auf den Umgang mit der Versöhnungsidee in kirchlichen Kreisen aus und scheinen dort nicht selten religiös grundierte Vorstellungen zu überlagern. Zugleich stellen kirchliche Akteure in ihrem Umgang mit Versöhnung keine homogene Gruppe dar, was sich aus ihren persönlichen Kriegserfahrungen, den Erfahrungen ihrer spezifischen Generation oder ihren politischen Ansichten heraus erklärt.

Versöhnung kommt also als ein Prozess an der Schnittstelle der religiösen und der politischen Sphäre in den Blick und wird dadurch zu einem interessanten Forschungsgegenstand für unterschiedliche Disziplinen (u.a. Theologie, Politik-, Geschichts- und Literaturwissenschaft, Soziologie, Psychologie). Wegen des komplexen Charakters und der Multidimensionalität von Versöhnung ist allerdings ein interdisziplinärer Blick unerlässlich. Die Beiträge des hier vorliegenden Bandes beschäftigen sich mit verschiedenen Beispielen von »Versöhnung« im deutsch-polnischen Kontext und beleuchten sie aus der Perspektive der evangelischen und katholischen Theologie, der Politikwissenschaft und der Geschichtswissenschaft. Dabei legen die Theologien und die Politikwissenschaft das jeweils für sie typische Verständnis von Versöhnung⁴ zugrunde, während die Geschichtswissenschaft Versöhnungsprozesse analysiert, ohne ein eigenes Versöhnungsverständnis zu erarbeiten. Sie setzt die jeweiligen theologischen bzw. politikwissenschaftlichen Definitionen voraus – je nach dem Herkunftskontext der analysierten Quellen (z.B. Hirtenbrief eines Bischofs, zwischenstaatlicher Vertrag).

4 Zu der Analyse des theologischen und politikwissenschaftlichen Verständnisses von Versöhnung vgl. u. S. 12–19.

Der Fokus des Bandes liegt auf dem Versöhnungsprozess zwischen Deutschen und Polen nach dem Zweiten Weltkrieg, der an vier Fallstudien untersucht wird: der Versöhnungsmesse in Kreisau am 12. November 1989 in ihrem geschichtlichen und politischen Kontext, den Aktivitäten von Aktion Sühnezeichen und ihrer Verbindung mit der Opposition in der DDR, den Diskursen über Versöhnung in deutschen und polnischen kirchlichen Texten, schließlich der Frage nach der europäischen Dimension der deutsch-polnischen Verständigung. In all diesen Fallbeispielen geht es um die Umsetzung einer (theologisch grundierten) Versöhnungsidee im politischen Rahmen.

Versöhnung muss also als ein Prozess im Überschneidungsbereich der religiösen und der politischen Sphäre gesehen werden. Daher ist davon auszugehen, dass auch das Versöhnungshandeln in den Bemühungen der kirchlichen Akteure in der BRD, DDR und Polen durch komplexe Wechselwirkungen zwischen Religion und Politik beeinflusst wurde. Um dies analysieren zu können, gilt es festzulegen, welche Phänomene in unserem Untersuchungszusammenhang unter »Religion«, welche unter »Politik« einzuordnen sind. Unter »Religion« fallen vor allem die auf die christliche Theologie rekurrende Idee der Versöhnung, des Weiteren die von den Akteuren selbst mit dem christlichen Glauben begründete Motivationen und Legitimierungsstrategien ihrer Handlungen, die Verbindung der Akteure zur evangelischen oder katholischen Kirche, schließlich im kirchenrechtlichen Sinne kirchliche Institutionen sowie liturgische Formen. Die politische Sphäre hingegen ist durch drei eng miteinander verflochtene Dimensionen gekennzeichnet: *policy* – die inhaltliche Dimension bestehend in theoretischen Lösungsansätzen, einschließlich der politischen Programme; *politics* – die prozessuale Dimension, konkrete Strategien und Handlungen umfassend; *polity* – die institutionelle Dimension, zu der die politische Gemeinschaft samt ihrer Ordnung (z.B. geregelt durch die Verfassung), die Institutionen und ihre Vertreter zählen⁵. Ziel von Aktivitäten in Rahmen von *politics* ist die Einflussnahme auf konkrete Entscheidungen über die *polity*. Akteure, die satzungsgemäß nicht politisch sind, wie z.B. die Kirchen, können selbstverständlich auch in der Sphäre der Politik handeln. Sobald sie sich dadurch aktiv an politischen Handlungen (*politics*) beteiligen, werden sie zu politischen Akteuren. Ebenso können nicht-politische Akteure politische Entscheidungen beeinflussen, ohne direkt an *politics* teilzunehmen – dies geschieht beispielsweise, wenn sie Ideen und Konzepte propagieren, die sich in der *policy* politischer Akteure und in der Konsequenz auch in *politics* niederschlagen. Somit ist alles Handeln von Kirchenmitglieder als politisch zu qualifizieren, durch das sie sich als Bürger an politischen Willensbildungsprozessen oder an öffentlichen Diskursen über

5 Bernhard SUTOR, Politische Ethik. Gesamtdarstellung auf der Basis der Christlichen Gesellschaftslehre, Paderborn u.a. 1991, S. 42.

nationale Interessen (z.B. im Kontext von Kriegsfolgen und territorialen Streitigkeiten), internationale Beziehungen (bilateral oder im gesamteuropäischen Kontext) und über die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit beteiligen. Politik fungiert zugleich sowohl als Kontext als auch als Ziel für religiös motiviertes Handeln.

Von diesem begrifflichen Rahmen ausgehend zeigen die in diesem Band gesammelten Fallstudien, dass sich im Zuge des Versöhnungsprozesses unter den unterschiedlichen politischen Bedingungen der untersuchten Länder auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs und nach dessen Verschwinden eine enge Verflechtung von Religion und Politik erkennen lässt. Um diese Verflechtung zu erfassen, bedienen sich die allesamt historisch ausgerichteten Fallstudien eines theologischen und/oder eines politikwissenschaftlichen Versöhnungsverständnisses, das es zunächst genauer zu definieren gilt (1. Teil dieses Beitrags). Gleichzeitig gehen sie der Frage nach, wie eine religiös motivierte Versöhnung unter konkreten politischen Umständen realisiert wurde. In allen Fallbeispielen gehören hierzu die Spezifika des deutsch-polnischen Verhältnisses (2. Teil). Schließlich identifizieren die Analysen der einzelnen Fallbeispiele unterschiedliche Formen der Verflechtung von Religion und Politik im Versöhnungsprozess (3. Teil), um auf dieser Grundlage übergreifende Schlussfolgerungen im Hinblick auf Versöhnung als ein Prozess an der Schnittstelle von Religion und Politik zu formulieren sowie auf methodische Zugänge zur Versöhnung als Forschungsgegenstand hinzuweisen (4. Teil).

1. Theologisches und politikwissenschaftliches Verständnis von Versöhnung

Theologie, Politikwissenschaft und Geschichtswissenschaft nähern sich dem Phänomen »Versöhnung« in diversen Zusammenhängen wie etwa Pastoral, Erinnerung, Geschichtsaufarbeitung und Geschichtspolitik, Konfliktlösungsstrategien und Friedensethik, »Transitional Justice«⁶. Über einen gemeinsamen Versöhnungsbegriff verfügen diese Disziplinen jedoch nicht, obwohl sich hier unter dem Stichwort »Versöhnung« eine gemeinsame Kernidee ausmachen lässt: Es handelt sich um Überwindung einer konfliktbelasteten Vergangenheit, damit eine gemeinsame Zukunft der einst verfeindeten Parteien möglich wird. Geschichtswissenschaftliche Arbeiten über Versöhnungsprozesse basieren meist auf dieser Kernidee, ohne einen eigenen Begriff von »Versöhnung«

6 Der Begriff »Transitional Justice« bezeichnet im Allgemeinen Übergangsprozesse von einem repressiven Regime zu einer Gesellschaft, in der das alte System überwunden wird. Die Opfer sollen dabei Gerechtigkeit erfahren und die Täter gesetzlich verfolgt oder wenigstens in irgendeiner Form mit ihren Verbrechen öffentlich konfrontiert werden.

zu entwickeln⁷. Zwischen den Theologien und der Politikwissenschaft jedoch bleibt das Verständnis von Versöhnung interdisziplinär unterschiedlich; selbst intra-disziplinär, d.h. innerhalb der jeweiligen Disziplin, kann das Versöhnungskonzept unterschiedliche Akzentuierungen erfahren.

a) Versöhnungsverständnis intra-disziplinär

Da es sich in diesem Band um kirchliche Akteure der deutsch-polnischen Versöhnung sowie um Dokumente und Ereignisse mit einem eindeutigen christlichen Bezug handelt, wird in den Fallstudien das theologische Konzept von Versöhnung als Hintergrundfolie verwendet⁸. Folgende Merkmale sind sowohl dem evangelischen als auch dem katholischen Versöhnungsverständnis gemeinsam: Aufdeckung der Wahrheit über das Geschehene, Reue und Schuldbekennnis, Vergebungsbereitschaft und Vergebung, schließlich Wiederherstellung einer durch ein geschehenes Unrecht zerbrochenen und belasteten Gemeinschaft. Sowohl im Bereich der evangelischen als auch der katholischen Theologie existieren Arbeiten, die die einzelnen Merkmale von Versöhnung erörtern und manchmal unterschiedlich gewichten. Sie fragen beispielsweise nach der Notwendigkeit oder gar Möglichkeit von Vergebung im Rahmen eines Versöhnungsprozesses⁹ oder nach dem Problem von persönlicher Schuld und Verantwortung für das geschehene Unrecht im Kontext von Konflikten, in die ganze Gesellschaften involviert sind¹⁰.

7 Da die Geschichtswissenschaft kein eigenes Versöhnungsverständnis bietet, recurriert sie auf Definitionen aus Theologie und Politikwissenschaft, um bestimmte Prozesse als »Versöhnung« zu interpretieren. Sie zieht dazu Quellen heran, in denen »Versöhnung« ausdrücklich angesprochen wird, also als Terminus vorkommt.

8 Die Passage zum theologischen Verständnis von Versöhnung entstand im Austausch mit den an dem Forschungsprojekt beteiligten Theologen Bernhard Knorn und Christian Wollmann. Weiterführende Erkenntnisse zu diesem Thema finden sich u.a. in: Bernhard KNORN, *Versöhnung und Kirche. Theologische Ansätze zur Realisierung des Friedens mit Gott in der Welt*, Münster 2016; Christian WOLLMANN, *Versöhnung in Freiheit und Ordnung. Reflexionen zu einem sozioethischen Handlungsfeld aus protestantischer Perspektive*, Frankfurt a.M. 2007.

9 Vgl. bspw. Dirk ANSORGE, *Vergebung auf Kosten der Opfer? Umriss einer Theologie der Versöhnung*, in: *Salzburger theologische Zeitschrift* 6 (2002), S. 36–58; Magdalene L. FRETTLÖH, *Vergebung oder »Vernarbung der Schuld«? Theologische und philosophische Notizen zu einer frag-würdigen Alternative im gesellschaftlichen Umgang mit Schuld*, in: *Evangelische Theologie* 70 (2010), H. 2, S. 116–129; Karin SCHEIBER, *Vergebung. Eine systematisch-theologische Untersuchung*, Tübingen 2006; Elisabeth SEIDLER, *Versöhnung. Prolegomena einer künftigen Soteriologie*, in: *Freiburger Zeitschrift für Philosophie* 42 (1995), S. 5–48.

10 Vgl. bspw. Heinz-Gerhard JUSTENHOVEN, *Individuelle und kollektive Versöhnung: Ein Beitrag zur Unterscheidung scheinbar gleicher Vorgänge*, in: *Die Neue Ordnung* 62

Zum Kern des Versöhnungsverständnisses beider Konfessionen gehört die Überzeugung, dass sich Versöhnung stets in zwei aufeinander bezogenen Dimensionen vollzieht: einer vertikalen zwischen Gott und Mensch und einer horizontalen zwischen Mensch und Mensch. Mit der vertikalen Dimension wird Gott die zentrale Rolle in der Versöhnung zugeschrieben, als demjenigen, der als erster die Initiative zur Versöhnung mit der Menschheit ergreift. Das zentrale Versöhnungsgeschehen erblicken dabei die beiden Theologien im Tod Jesu am Kreuz. Die persönliche Erfahrung, mit Gott in Jesus versöhnt zu sein, bewegt den Menschen dazu, die Versöhnung mit Gott in der Welt konkret zu verbreiten. Der Zweite Korintherbrief bezeichnet dies als »Dienst an Versöhnung« (2. Kor 5,18). Die Überzeugung vom eigenen Auftrag eines »Dienstes an Versöhnung« scheint bei vielen christlichen Akteuren in politischen Versöhnungsprozessen durch, sie erweitern ihn allerdings eindeutig auch auf die zwischenmenschliche Versöhnung – um diese zwischenmenschliche Versöhnung geht es ihnen sogar primär. Die Erfahrung, mit Gott versöhnt zu sein, führt nämlich oft dazu, dass auch zerbrochene zwischenmenschliche Beziehungen zu heilen beginnen. Darin besteht die horizontale Dimension der Versöhnung. Theologisch ist die Versöhnung zwischen den Menschen in dem neutestamentlichen Gebot der Feindesliebe (vgl. Lk 6, 27–36; Mt 5, 43–48) und dem Aufruf zum Verzicht auf Vergeltung (Mt 5, 38–40) begründet.

In diesem gemeinsamen Verständnis von Versöhnung setzen evangelische und katholische Christen eigene konfessionelle Akzente. Eine zentrale Rolle für das evangelische Verständnis spielt die Rechtfertigungslehre. Sie betrachtet den Menschen als von Gott Erlösten, der jedoch von Natur aus Sünder bleibt. In der Perspektive der Rechtfertigungslehre erscheint somit jeder Akteur von Versöhnungsbemühungen als *simul justus et peccator*, der zunächst sich selbst als versöhnungsbedürftig begreifen muss, um den »Dienst an Versöhnung« leisten zu können. Deswegen spielt bei evangelischen Akteuren von Versöhnung oft der Gedanke von Schuldbekennnis und Reue eine zentrale Rolle. Zugleich liefert die Rechtfertigungslehre einen realistischen Blick auf Versöhnungsbemühungen: Aufgrund der menschlichen Sündhaftigkeit und Schwäche muss man bei Versöhnungsprozessen mit Schwierigkeiten und Rückschlägen rechnen, die jedoch beim guten Willen überwunden werden können.

In der katholischen Kirche existiert das Sakrament der Versöhnung. Es ist eine Handlung, die dem Gläubigen ermöglicht, eine persönliche Erfahrung des Versöhnt-Seins mit Gott zu erleben. Darüber hinaus betont die katholische Auffassung von Versöhnung Sühne und Wiedergutmachung. Die letztere

(2008), H. 2, S. 84–93; Michael BEINTKER, Remembering Guilt as a Social Project: Some Reflections on the Challenge of Working through the Past, in: Studies in Christian Ethics 24 (2011), H. 2, S. 210–231.

soll jedoch nicht als Wiederherstellung des *status quo ante* verstanden werden, denn die Folgen eines geschehenen Unrechts können nur selten rückgängig gemacht werden. Durch die Wiedergutmachung zeigt eher der Schuldige, dass er nun ehrlich bemüht ist, das zerbrochene Verhältnis zu seinen Mitmenschen wiederaufzubauen. Somit macht eine Geste der Wiedergutmachung einen wesentlichen Bestandteil der zwischenmenschlichen Versöhnung aus – auch im politischen Kontext, wo dies oft mit konkreten Maßnahmen (beispielsweise mit Entschädigungen an den Opfern) verbunden ist.

Trotz der hier erwähnten unterschiedlichen Akzentuierungen im theologischen Versöhnungsverständnis zwischen Protestanten und Katholiken kann man jedoch sehr wohl von einem in seinen Grundsätzen gemeinsamen theologischen Versöhnungskonzept sprechen, das sich hinter den Versöhnungsbemühungen christlicher Akteure erkennen lässt. Eine ähnliche gemeinsame Basis ist innerhalb der Politikwissenschaft schwer auszumachen¹¹. Zunächst lassen sich innerhalb der Politikwissenschaft in Hinblick auf Untersuchungen von Versöhnungsprozessen zwei Tendenzen beobachten. Die eine könnte man als empirisch bezeichnen. Hier wird betont, dass »Versöhnung« kein genuin politikwissenschaftlicher Begriff sei. Denn zu den konstitutiven Elementen politischer Prozesse zählen Machtspiel, Rivalität, Durchsetzung eigener Interessen (auch auf Kosten des Anderen)¹². Diese sind mit Versöhnung schwer vereinbar, setzt Versöhnung doch in zwischenmenschlichen Verhältnissen – auch im politischen Bereich – einen Verzicht auf Machtansprüche, Dominanz und Konkurrenz voraus. Des Weiteren erscheint die Übertragung eines durch die Theologie herausgearbeiteten Versöhnungsbegriffs auf das Feld der Politikwissenschaft schon allein wegen der horizontalen Dimension höchst problematisch. Schließlich bleibt das politisch-gesellschaftliche Phänomen der »Versöhnung« generell schwer greifbar bzw. messbar. Einer politikwissenschaftlichen Analyse entzieht sich nämlich der grundlegende Aspekt von Versöhnung, dass ihr immer eine persönliche Bereitschaft des Menschen zugrunde liegt, wodurch sich Versöhnung zunächst im Inneren des Menschen vollzieht, bevor sie zum Akt in einer Gesellschaft wird¹³. Es stellt sich auch die Frage, welche Kriterien gelten sollten, um bestimmte Handlungen und deren Ergebnisse ausgerechnet

11 Wichtige Hinweise zu diesem Abschnitt haben Piotr Burgoński und Sławomir Sowiński, die zwei an dem Projekt beteiligten Politikwissenschaftler, geliefert. Eine Vertiefung der hier angesprochenen Sachverhalte findet sich u.a. in: Piotr BURGOŃSKI/Michał GIERYCZ (Hg.), *Religia i polityka. Zarys problematyki*, Warszawa 2014; Piotr BURGOŃSKI/Sławomir SOWIŃSKI (Hg.), *Ile Kościoła w polityce, ile polityki w Kościele*, Katowice 2009.

12 Robert A. DAHL/Bruce STINEBRICKNER, *Modern Political Analysis*, Upper Saddle River, NJ 2003, S. 34–53.

13 Piotr MAZURKIEWICZ, *Przebaczenie i pojednanie*, in: *Chrześcijaństwo – Świat – Polityka. Zeszyty Społecznej Myśli Kościoła* 1 (2006), H. 1, S. 7–32.

als »Versöhnung« zu bezeichnen und woran erkennbar wäre, dass sich einst verfeindete Gesellschaften versöhnt hätten. Trotzdem gerät »Versöhnung« in der empirisch arbeitenden Politikwissenschaft in den Fokus als eine der möglichen politischen Konfliktlösungsstrategien. In diesem Zusammenhang werden Fragen nach Umständen und Bedingungen, Legitimierung und Verbindlichkeit, Nachhaltigkeit und Institutionalisierung von Versöhnung sowie nach der dauerhaften Veränderung politischer Kultur gestellt.

Die andere Tendenz innerhalb der Politikwissenschaft könnte als normativ bezeichnet werden. In dieser Perspektive verfasste Studien sind an der Formulierung bzw. Schärfung eines politischen Versöhnungskonzepts interessiert¹⁴. Valérie Rosoux unterscheidet innerhalb dieser Tendenz zwischen drei politikwissenschaftlichen Zugängen zur Versöhnung: einem strukturellen, einem sozio-psychologischen und einem spirituellen. Der erste Zugang konzentriert sich auf die Fragen der internationalen politischen Kooperation, der zweite betont kognitive und emotionale Aspekte der Annäherung zwischen einstigen Gegnern, der dritte schließlich untersucht die Wege zur Aufarbeitung der Vergangenheit und zur Wiedergutmachung im Verhältnis zwischen Opfern und Tätern¹⁵. Im Rahmen des Letzteren wird Religion als eine Ressource für Versöhnungsprozesse angesprochen.

Beide Zugänge werden in vielen Studien miteinander verflochten, wenn von empirischen Fallbeispielen auf übergreifende normative Definitionen der politischen Versöhnung gefolgert wird. So verfährt beispielsweise Lily Gardner Feldman. In ihrer Monographie über »deutsche Versöhnungspolitik« nach dem Zweiten Weltkrieg vergleicht sie kurz das Verständnis von Versöhnung in unterschiedlichen Kontexten (Religion, Philosophie, Politik, Recht) und schlägt anschließend ein politikwissenschaftliches Idealmodell von Versöhnung vor. Feldman zählt hierzu vier Elemente: Auseinandersetzung mit der Vergangenheit; politische Führungsschichten, die die Versöhnungsbestrebungen mittragen; Institutionen auf der Ebene der Regierungen und der

14 Vgl. bspw. BARNES, L. Philip, Talking Politics, Talking Forgiveness, in: *Scottish Journal of Theology* 1 (2011), S. 64–79; Sándor FAZAKAS, Versöhnung als Modell der historischen Aufarbeitung, in: *theologie.geschichte* 7 (2012), online verfügbar unter, URL: <<http://universaar.uni-saarland.de/journals/index.php/tg/article/view/477/516>> (26.05.2017); Daniel PHILPOTT, Beyond Politics as Usual. Is Reconciliation Compatible with Liberalism?, in: Ders. (Hg.), *The Politics of Past Evil. Religion, Reconciliation and the Dilemmas of Transitional Justice*, Notre Dame, IN 2006, S. 11–44; Judith RENNER, Versöhnung als leerer Signifikant im Kontext politischer Transitionen: Eine diskurstheoretische Konzeptualisierung, in: Stefan ENGERT u.a. (Hg.), *Transitional Justice 2.0*, Berlin 2011, S. 245–270; Andrew SCHAAF, *Political Reconciliation*, London, New York 2005.

15 Valérie ROSOUX, Reconciliation as a Peace-Building Process: Scope and Limits, in: Jacob BERCOVITCH (Hg.), *The SAGE Handbook of Conflict Resolution*, Los Angeles, CA u.a. 2009, S. 543–563, hier S. 544.

Zivilgesellschaft, die die Annäherung nachhaltig unterstützen; den internationalen Kontext, der durch entsprechende Rahmenbedingungen einen Versöhnungsprozess fördern kann¹⁶.

Andere Arbeiten fragen nach konkreter politischer und gesellschaftlicher Funktion von »Versöhnung« in bestimmten Kontexten, beispielweise in Bezug auf »Transitional Justice«¹⁷, europäische Identitätsbildungsprozesse¹⁸, die Rolle der Erinnerungspolitik in den internationalen Beziehungen¹⁹. Sie reflektieren auch den Bedeutungsverlust des Versöhnungsbegriffs²⁰ oder die Vergebung als ein Instrument der Außenpolitik²¹. Diese Studien bieten allerdings keine einheitliche Definition von »Versöhnung«.

b) Versöhnungsverständnis interdisziplinär

Versöhnung in politischen Zusammenhängen ist gegenwärtig ein vielschichtiges Thema im interdisziplinären Umfeld. Viele in internationalen und nationalen Kontexten angesiedelte Forschungen haben dieses Problem zum Gegenstand. Einige stellen ein breites Spektrum christlicher Versöhnungsinitiativen vor ihrem historischen und politischen Hintergrund dar²². Andere nähern sich der Problematik in einem Überblick über Versöhnungsprozesse und Politik in Europa²³. Der umfangreiche Sammelband, herausgegeben von

16 Lily Gardner FELDMAN, *Germany's Foreign Policy of Reconciliation. From Enmity to Amity*, Lanham, MD 2012, bes. S. 12–17.

17 Vgl. z.B. Stefan ENGERT u.a. (Hg.), *Transitional Justice 2.0*, Berlin 2011; Fatima KASTNER, *Das Welttheater des Pardons: Zum Verhältnis von Recht, Vergebung und Gedächtnis*, in: *Zeitschrift für Rechtssoziologie/The German Journal of Law and Society* 29 (2008), H. 1, S. 153–166.

18 Catherine GUIBAN, *A Political Theory of Identity in European Integration. Memory and Policies*, New York 2013.

19 Valérie-Barbara ROSOUX, *Les usages de la mémoire dans les relations internationales. Le recours au passé dans la politique étrangère de la France à l'égard de l'Allemagne et de l'Algérie, de 1962 à nos jours*, Bruxelles 2001.

20 Hans Henning HAHN u.a. (Hg.), *Erinnerungskultur und Versöhnungskitsch*, Marburg 2008.

21 Karolina WIGURA, *Wina narodów. Przebaczenie jako strategia prowadzenia polityki*, Gdańsk u.a. 2011.

22 Für das deutsch-polnische Verhältnis vgl. bspw. Friedhelm BOLL u.a. (Hg.), *Versöhnung und Politik. Polnisch-deutsche Versöhnungsinitiativen der 1960er Jahre und die Entspannungspolitik*, Bonn 2009; Severin GAWLITTA, »Aus dem Geist des Konzils! Aus der Sorge der Nachbarn!«. Der Briefwechsel der polnischen und deutschen Bischöfe von 1965 und seine Kontexte, Marburg 2016; Wojciech KUCHARSKI / Grzegorz STRAUCHOLD (Hg.), *Wokół Orędzia. Kardynał Bolesław Kominek – prekursor pojednania polsko-niemieckiego*, Wrocław 2009.

23 Vgl. z.B. Zbigniew DROZDOWICZ, *Przebaczenie – rozliczanie – pojednanie. Globalne i lokalne problemy integrującej się Europy*, Poznań 2002; Birgit SCHWELLING (Hg.), *Reconciliation, Civil Society, and the Politics of Memory. Transnational Initiatives in the 20th and 21st Century*, Bielefeld 2012.

Corine Defrance und Ulrich Pfeil, bietet eine gewisse Systematisierung der Versöhnungsinitiativen aus dem Bereich der deutsch-polnischen Beziehungen sowie aus anderen Kontexten (z.B. deutsch-französisch, deutsch-tschechisch, deutsch-niederländisch, ehemaliges Jugoslawien) unter der Perspektive der daran beteiligten Akteure, deren Handlungsformen sowie der Symbolträchtigkeit von Versöhnungsgesten²⁴. All diesen Studien ist ein Zweifaches gemeinsam. Zum einen verfolgen sie keinen einheitlichen theoretischen Zugriff auf das Phänomen »Versöhnung« und arbeiten mit keinem einheitlichen Versöhnungsbegriff (obwohl sie manchmal konkrete Merkmale von Versöhnung – wie Erinnerung oder Auseinandersetzung mit der Vergangenheit – ausmachen²⁵). Zum anderen verzichten diese Untersuchungen auf die Theologie als gerade in Bezug auf das Konzept der Versöhnung wichtige Gesprächspartnerin. Die Frage nach konkreten Wechselwirkungen von Religion und Politik wird in diesem Zusammenhang nicht gesondert behandelt. Die Nutzung von Quellen aus kirchlichem bzw. religiösem Kontext erfolgt oft ohne Rückgriff auf theologische Kompetenz, obwohl die geistesgeschichtlich-theologischen Entwicklungen eine notwendige Vorbedingung zum Verständnis von Versöhnung darstellen.

Seitens der evangelischen und katholischen Theologie existieren Studien, die die Schnittstelle zwischen Religion und Politik in Bezug auf die Versöhnung an Fallbeispielen aus der DDR und aus Südafrika²⁶ oder aus dem ehemaligen Jugoslawien²⁷ erfassen; sie untersuchen auch in sozialetischer Perspektive Einschränkungen der Versöhnungsprozesse in politischen Kontexten und thematisieren die nicht selten ambivalente Rolle der Kirchen²⁸. Diese Studien verstehen sich allerdings eher als eine theologische Beurteilung politischer Versöhnungsbemühungen und beschränken sich somit auf einen binnendisziplinären Blick.

Interdisziplinäre Forschung über Versöhnung, die den theologischen Zugang mit demjenigen der Politikwissenschaft (sowie anderer Disziplinen) verbindet, wurde also bislang nicht unternommen. Dabei erscheint die Interdisziplinarität gerade in Bezug auf Versöhnung als ein Prozess an der Schnittstelle von Religion und Politik als besonders erkenntnisverspre-

24 Corine DEFANCE/ Ulrich PFEIL (Hg.), *Verständigung und Versöhnung nach dem »Zivilisationsbruch«? Deutschland in Europa nach 1945*, Bruxelles u.a. 2016.

25 Corine DEFANCE/ Ulrich PFEIL, *Verständigung und Versöhnung. Eine Herausforderung für Deutschland nach 1945*, in: Dies. (Hg.), *Verständigung und Versöhnung nach dem »Zivilisationsbruch«?*, S. 13–53.

26 Ralf K. WÜSTENBERG, *Die politische Dimension der Versöhnung. Eine theologische Studie zum Umgang mit Schuld nach den Systemumbrüchen in Südafrika und Deutschland*, Gütersloh 2004.

27 Stephanie VAN DE LOO, *Versöhnungsarbeit: Kriterien, theologischer Rahmen, Praxisperspektiven*, Stuttgart 2009.

28 Gerhard BEESTERMÖLLER (Hg.), *Politik der Versöhnung*, Stuttgart 2002.

chend. Angesichts dieses Befundes haben sich die Autorinnen und Autoren dieses Bandes bei der Untersuchung der deutsch-polnischen Versöhnung für einen interdisziplinären Zugang von Theologie, Politik- und Geschichtswissenschaft entschieden. Eine politikwissenschaftliche Analyse ist hier auf die theologische Expertise bezüglich der religiösen bzw. theologischen Konzepte, der kirchlichen Strukturen und ihrer theologischen Fundierung sowie der pastoralen Herausforderungen, welche die Versöhnung darstellte, angewiesen. Der Wunsch nach Versöhnung mit dem Nachbarland ging nämlich aus dezidiert christlichen Kreisen hervor. Die Versöhnung im politischen Bereich war somit religiös motiviert und ging von dem oben skizzierten christlichen Verständnis von Versöhnung aus. Die Theologie profitiert wiederum von den politikwissenschaftlichen Kategorien zur Analyse politischer Mechanismen und Kontexte, in denen die Bemühungen um Versöhnung standen und mit denen sie in Interaktion traten. Da sich Politikwissenschaft und Theologie in diesem Band auf historische Kontexte und Entwicklungen in einer relativ weiten Zeitspanne beziehen, ist die Beteiligung von Geschichtswissenschaft für die Auswertung der Quellen und die Interpretation der empirischen Befunde unentbehrlich.

2. Deutsch-polnische Versöhnung nach dem Zweiten Weltkrieg

a) Der Zweite Weltkrieg – Bezugsrahmen für Versöhnung

Den hauptsächlichen historischen Bezugsrahmen der deutsch-polnischen Versöhnung bilden die deutsche nationalsozialistische Besatzung Polens während des Zweiten Weltkriegs und die dauerhaften Kriegsfolgen²⁹. Der Krieg stellt allerdings nicht einen einmaligen Einschnitt im deutsch-polnischen Verhältnis dar, sondern erscheint eher als eine Kulmination des seit der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts fortschreitenden Verfalls der Nachbarschaft. Gegen keinen der Nachbarn zeigte man in Deutschland einen derartigen Eroberungs- und später auch Zerstörungswillen, wie gegenüber Polen³⁰ – von den Teilungen Polens, über brutale Germanisierungspolitik in den an Preußen angeschlossenen polnischen Gebieten, deutschen Widerstand gegen

29 Zur deutschen Besatzung in Polen vgl. bspw. Jochen BÖHLER/Stephan LEHNSTAEDT (Hg.), *Gewalt und Alltag im besetzten Polen 1939–1945*, Osnabrück 2012; Daniel BREWING, *Im Schatten von Auschwitz. Deutsche Massaker an polnischen Zivilisten 1939–1945*, Darmstadt 2016; Stephan LEHNSTAEDT, *Okkupation im Osten. Besatzeralltag in Warschau und Minsk 1939–1944*, München 2010.

30 Diese Einstellung bringt Hans von Seeckt, Chef der Heeresleitung, in seiner Denkschrift vom 11. September 1922 auf den Punkt: »Polens Existenz ist unerträglich, unvereinbar mit den Lebensinteressen Deutschlands. Es muss verschwinden, wird verschwinden durch eigene innere Schwäche und durch Russland – mit unserer Hilfe«. Zitiert nach:

den wiederentstandenen polnischen Staat nach dem Ersten Weltkrieg, bis hin zum Überfall am 1. September 1939 und zu der fast sechs Jahre andauernden Besetzung im Zweiten Weltkrieg.

Infolge des deutschen Überfalls wurde der polnische Staat aufgelöst, indem die deutsch besetzten polnischen Gebiete zum Teil in das Deutsche Reich eingegliedert und zum Teil zum sogenannten Generalgouvernement erklärt wurden. Damit begann auch die NS-deutsche Neuordnung der besetzten Gebiete, die unterschiedliche Maßnahmen umfasste. Im neuen »Lebensraum im Osten« wurde deutsche Bevölkerung angesiedelt, was für Tausende von Polen Zwangsaussiedlung und den Verlust ihrer Wohnungen samt der Ausstattung bedeutete³¹. Kulturgüter wurden geraubt, Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Industrie ausgebeutet³², polnische Kinder (mindestens 20 000) wurden aus ihren Familien zu »Germanisierungszwecken« herausgerissen³³. Schließlich sollten die polnischen »Untermenschen« auf die Rolle ungebildeter Sklaven des deutschen »Herrenvolkes« vorbereitet werden. Polnische Eliten und Intellektuelle wurden systematisch verfolgt (zu den größten Aktionen in dieser Hinsicht gehörten die »Sonderaktion Krakau«, das Massaker von Piaśnica und die Ermordung der Professoren der Lemberger Universität)³⁴. Das Bildungssystem lösten die Besatzer fast vollständig auf; für jegliche Form von selbstorganisierter Bildung drohte Gefängnis- oder sogar Todesstrafe. 2,5 Millionen Menschen wurden zu Zwangsarbeit ins Reich verschleppt³⁵. Die katholische Kirche in Polen erlitt aufgrund gezielter Politik der Besatzer schwere menschliche Verluste und materielle Zerstörungen. 18 Prozent aller polnischen Geistlichen verloren ihr Leben³⁶. Kirchliche Vereine und Presse

Eckart THURICH (Hg.), *Schwierige Nachbarschaften. Deutsche und Polen – Deutsche und Tschechen im 20. Jahrhundert. Eine Darstellung in Dokumenten*, Stuttgart 1990, S. 36.

31 Zu Vertreibung und Deportationen der Polen aus den von Deutschen besetzten Gebieten vgl. z.B.: Alexa STILLER, *Gewalt und Alltag der Volkstumspolitik. Der Apparat des Reichskommissars für die Festigung Deutschen Volkstums und andere gesellschaftliche Akteure der veralltäglichten Gewalt*, in: BÖHLER/LEHNSTAEDT (Hg.), *Gewalt und Alltag im besetzten Polen*, S. 45–66; Tadeusz JANICKI, *Raub von Eigentum*, in: Jerzy KOCHANOWSKI/Beate KOSMALA (Hg.), *Deutschland, Polen und der Zweite Weltkrieg. Geschichte und Erinnerung*, Potsdam 2009, S. 304f.

32 Mariusz MUSZYŃSKI u.a. (Hg.), *Sprawozdanie w przedmiocie strat i szkód wojennych Polski w latach 1939–1945 = Reports on Poland's wartime losses and damage in the years 1939–1945 = Bericht über Polens Verluste und Kriegsschäden in den Jahren 1939–1945*, Warszawa 2007, S. 147f.

33 Isabel HEINEMANN, »Rasse, Siedlung, deutsches Blut«. Das Rasse- und Siedlungshauptamt der SS und die rassenpolitische Neuordnung Europas, Göttingen 2003, S. 508–530.

34 Vgl. z.B. Hans-Christian HARTEN, *De-Kulturation und Germanisierung. Die nationalsozialistische Rassen- und Erziehungspolitik in Polen 1939–1945*, Frankfurt a.M. 1996.

35 MUSZYŃSKI u.a. (Hg.), *Sprawozdanie*, S. 142.

36 Lucjan ADAMCZUK/Witold ZDANIEWICZ (Hg.), *Kościół katolicki w Polsce 1918–1990: rocznik statystyczny*, Warszawa 1991, S. 131f., 151.

wurden liquidiert. Auf dem in das Dritte Reich eingegliederten Gebiet Polens wurde die Seelsorge in polnischer Sprache ausnahmslos verboten; alle dortigen Priester, die die Unterzeichnung der »Volkliste« verweigert hatten, wurden vertrieben oder ermordet³⁷. Die jüdische Bevölkerung Polens war von Beginn an Opfer massiver Repressalien und schließlich einer gezielten Vernichtungspolitik. Der deutschen Besatzung Polens fielen schätzungsweise 5,5 Millionen Menschen zum Opfer (darunter drei Millionen polnische Juden), wobei ca. 90 Prozent dieser Opfer infolge des Terrors und nicht bei direkten Kriegshandlungen starben³⁸.

Nach dem Kriegsende wurden von den Alliierten die polnischen Grenzen nach Westen verschoben und eine neue deutsch-polnische Grenze an der Oder-Neiße-Linie etabliert. Dies hatte die Zwangsmigration von Millionen von Deutschen und Polen zur Folge: Anstelle der vertriebenen Deutschen wurden auf den nun neuen polnischen Gebieten Polen – zum großen Teil diejenigen aus dem Osten vertriebenen – angesiedelt. Neben den Kriegszerstörungen und den Toten stellte somit die Grenzverschiebung noch Jahrzehnte nach dem Kriegsende die größte Belastung für das deutsch-polnische Verhältnis dar.

b) Stationen der deutsch-polnischen Versöhnung

Der Aufbau eines friedlichen deutsch-polnischen Verhältnisses war angesichts des Krieges und seiner Folgen ein sehr langer und mühsamer Prozess³⁹. Bis Ende der 1940er Jahre gab es eigentlich keine Annäherungsversuche. Deutschland befand sich unter der Besatzung von vier Siegermächten; in Polen – welches infolge der Jalta-Beschlüsse in die Einflusszone der Sowjet-

37 Hierzu vgl. bspw. Konrad BIAŁECKI, Kirchen in Polen während der Besatzungszeit, in: KOCHANOWSKI/KOSMALA (Hg.), Deutschland, Polen und der Zweite Weltkrieg, S. 261–263; Emilia HRABOVEC, Der Katholizismus in Ostmitteleuropa und der Zweite Weltkrieg, in: Karl-Joseph HUMMEL/Christoph KÖSTERS (Hg.), Kirchen im Krieg. Europa 1939–1945, Paderborn 2007, S. 155–200; Jan SZILING, Polityka okupanta hitlerowskiego wobec Kościoła katolickiego 1939–1945. Tzw. Okręgi Rzeszy: Gdańsk – Prusy Zachodnie, Kraj Warty i regencja Katowicka, Poznań 1970.

38 Die genaue Opferanzahl lässt sich nicht ermitteln, was insbesondere für die polnischen Ostgebiete gilt, welche zunächst die sowjetische und anschließend die deutsche Besatzung erfahren hatten. Neuere Erhebungen hierzu sammelt der Band: Wojciech MATERSKI/Tomasz SZAROTA (Hg.), Polska 1939–1945. Straty osobowe i ofiary represji pod dwiema okupacjami, Warszawa 2009, vgl. auch: Hans-Jürgen BÖMELBURG/Jerzy KOCHANOWSKI, Die deutsche Besatzungspolitik in Polen 1939–1945, in: KOCHANOWSKI/KOSMALA (Hg.), Deutschland, Polen und der Zweite Weltkrieg, S. 41–54.

39 Über das deutsch-polnische Verhältnis in den ersten Nachkriegsjahren vgl. Robert ŻUREK, Zwischen Nationalismus und Versöhnung. Die Kirchen und die deutsch-polnischen Beziehungen 1945–1956, Köln 2005, S. 141–150.

union geraten war – wurde gerade mit äußerst repressiven Methoden ein neuer, von Moskau abhängiger Machtapparat etabliert.

In den 1950er Jahren, nach der Entstehung der zwei deutschen Staaten, wurde zwischen der DDR und der Volksrepublik Polen eine hoch ideologisierte »Freundschaft« unter sowjetischem Patronat geschlossen. In der Bundesrepublik gab es erste Anzeichen von Interesse für Polen angesichts der Nachrichten über die Verfolgung der dortigen Kirche und der Verhaftung von Polens Primas Stefan Wyszyński 1953 sowie über den Arbeiteraufstand in Posen 1956. Dieses Interesse kann allerdings noch nicht mit Versöhnungsbemühungen gleichgesetzt werden. Selbst wenn es seit Ende der 1950er Jahre Kontakte und vereinzelte Versöhnungsinitiativen zwischen den deutschen und polnischen Christen gab, entfalteten sie keine große Wirkung auf die Gesellschaft. Aussagekräftig ist hier das folgende Beispiel aus dem Jahr 1960: Als der Berliner Bischof Julius Döpfner mit seiner Predigt am Fest der Hl. Hedwig von Schlesien (die als gemeinsame Patronin der Deutschen und Polen gilt) die deutschen Verbrechen an Polen und die Notwendigkeit einer Sühne für das geschehene Unrecht thematisierte, erfuhr er massiven Widerstand seiner Landsleute⁴⁰.

In den Zeitraum der 1960er Jahre fielen mehrere Ereignisse, die – wie aus heutiger Perspektive deutlich wird – Weichen für den deutsch-polnischen Versöhnungsprozess stellen sollten. Pionierarbeit auf diesem Feld leisteten christliche Intellektuellenmilieus. 1964 fand eine Sühnewallfahrt der Vertreter der deutschen Sektion der Bewegung Pax Christi aus der BRD nach Auschwitz statt. Aus der Erfahrung der Begegnung mit ehemaligen Häftlingen erwuchs eine Hilfsaktion, die seit 1973 als Maximilian-Kolbe-Werk⁴¹ agiert.

Das Jahr 1965 sollte besonders ereignisreich sein. Zunächst pilgerten im Sommer dieses Jahres Mitglieder der Aktion Sühnezeichen aus der DDR nach Auschwitz – allerdings in einem zweiten Anlauf, weil der erste ein Jahr zuvor an den Hindernissen seitens der DDR-Staatsbehörden scheiterte. Aussagen eines Teilnehmers dieser Pilgerfahrt, Konrad Weiß, dienten als Quelle für das Fallbeispiel zur Aktion Sühnezeichen in diesem Band. Im Oktober veröffent-

40 Predigt des Bischofs von Berlin, Julius Kardinal Döpfner, am 16. Oktober 1960, am Fest der heiligen Hedwig von Schlesien, der Patronin des Bistums Berlin, in der Pfarrkirche St. Eduard in Berlin-Neukölln, in: Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz (Hg.), Dokumentation der Predigten und Ansprachen bei der Begegnung des Primas von Polen, Kardinal Stefan Wyszyński und einer Delegation der Polnischen Bischofskonferenz, Kardinal Joseph Höffner und der Deutschen Bischofskonferenz in Deutschland im September 1978, Bonn 1978, S. 70–75. Hierzu vgl. Robert ŻUREK, Gescheiterter Vorstoß? Die Predigt des Berliner Kardinals Julius Döpfner vom 16. Oktober 1960 und ihre Folgen, in: Religion – Staat – Gesellschaft 14 (2013), H. 2, S. 223–245.

41 Dazu: Arkadiusz STEMPIN, Das Maximilian-Kolbe-Werk. Wegbereiter der deutsch-polnischen Aussöhnung 1960–1989, Paderborn 2006; vgl. auch die Homepage des Werks, URL: <<http://www.maximilian-kolbe-werk.de>> (27.05.2017).

lichte die Leitung der Evangelischen Kirche in Deutschland die sogenannte Ostdenkschrift, in der sie die Deutschen zu einer Versöhnung mit Polen über die in der BRD immer noch nicht anerkannte Oder-Neiße-Grenze hinweg aufforderte⁴². Unter anderem mit diesem grundlegenden Text setzt sich das Fallbeispiel zur Versöhnung als Diskurs auseinander. Die EKD-Leitung sah sich damit allerdings einer heftigen Kritik aus der Gesellschaft, vor allem aus den Vertriebenenmilieus, ausgesetzt. Schließlich, im November desselben Jahres, richteten die polnischen Bischöfe an ihre deutschen Amtsbrüder die eingangs erwähnte Versöhnungsbotschaft, auf die die deutschen Bischöfe einige Wochen später antworteten⁴³. Selbst wenn dieser Briefwechsel heute als Meilenstein der deutsch-polnischen Versöhnung gilt, taten sich zeitgenössisch deutsche und polnische Katholiken mit der gegenseitigen Vergebungsgeste sehr schwer, von Angriffen gegen die Bischöfe seitens der kommunistischen Machthaber Polens und der DDR ganz zu schweigen⁴⁴. Drei Jahre später unternahmen katholische Intellektuelle aus dem Bensberger Kreis mit ihrem Memorandum einen Versuch, die bundesdeutsche Öffentlichkeit zur Diskussion über das deutsch-polnische Verhältnis anzuregen und nicht zuletzt zur Versöhnung mit Polen zu bewegen, weil ihnen »die Lethargie der deutschen

42 Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn. Eine evangelische Denkschrift, hg. v. der Kirchenkanzlei der EKD, Hannover 1965; eine zweisprachige Ausgabe mit begleitenden Beiträgen zur Bedeutung und Rezeption der Denkschrift: Marcin HINTZ/Ireneusz LUKAS, Na drodze pojednania – 50-lecie Memorandum Wschodniego Kościoła Ewangelickiego w Niemczech/Auf dem Weg zur Versöhnung – Zum 50. Jahrestag der Ostdenkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland, Bielsko-Biała 2015.

43 Antwortschreiben der deutschen Bischöfe an die polnischen Bischöfe vom 5. Dezember 1965, in: Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz (Hg.), Dokumentation der Predigten und Ansprachen bei der Begegnung des Primas von Polen, Kardinal Stefan Wyszyński und einer Delegation der Polnischen Bischofskonferenz, Kardinal Joseph Höffner und der Deutschen Bischofskonferenz in Deutschland im September 1978, Bonn 1978, S. 88–92.

44 Hierzu vgl. bspw. zeitgenössische Reaktionen des polnischen Sicherheitsapparates: 1965 grudzień, Warszawa – Projekt działań związanych z wystosowaniem przez polskich biskupów Orędzia do biskupów niemieckich, opracowany przez Wydział Administracyjny KC PZPR [Dezember 1965, Warschau – Projekt der Maßnahmen im Zusammenhang mit der Botschaft der polnischen Bischöfe an die deutschen Bischöfe, erarbeitet durch die Verwaltungsabteilung des Zentralkomitees der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei], abgedruckt in: KUCHARSKI/STRAUCHOLD (Hg.), Wokół Orędzia, S. 302f.; 1965 grudzień 29, Warszawa – Wnioski ppłk. Tomasza Wawrzyniewicza dotyczące prowadzenia dalszej kampanii przeciw Kościołowi katolickiemu w związku z Orędziem [29. Dezember 1965, Warschau – Schlussfolgerungen des Oberstleutnants Tomasz Wawrzyniewicz bezüglich der Fortsetzung der Kampagne gegen die katholische Kirche im Zusammenhang mit der Botschaft], abgedruckt in: ebd., S. 329f.; Piotr MADAJCZYK, Die deutsche Reaktion auf den Brief der Bischöfe in der polnischen Rezeption, in: BOLL u.a. (Hg.), Versöhnung und Politik, S. 196–212.

Öffentlichkeit, gerade auch die der Katholiken, als das größte Hindernis einer Arbeit am Frieden« erschien⁴⁵. Auch dieser Text wird im Rahmen des dritten Fallbeispiels analysiert.

Die Ostdenkschrift der EKD, der Briefwechsel der Bischöfe und das Bensberger Memorandum zählen zu den wichtigsten Initiativen, welche die in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre langsam einsetzende neue deutsche Ostpolitik vorbereiteten. Im Rahmen dieser Politik wurde der »Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen« von Bundeskanzler Willy Brandt und dem polnischen Ministerpräsidenten Józef Cyrankiewicz 1970 in Warschau unterzeichnet. Brandts Kniefall vor dem Warschauer Ghetto-Ehrenmal ging als ein Symbol für die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit und Versöhnung um die Welt. Im Warschauer Vertrag selbst erblickten Polen nun die lang ersehnte Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze durch die BRD. Aus bundesdeutscher Sicht war der Vertrag aber keine eindeutige völkerrechtliche Anerkennung der Grenze, sondern eher ein realpolitischer Verzicht auf Grenzrevision und wurde erst nach langem Hadern 1972 durch den Bundestag ratifiziert.

Nach der Ratifizierung des Warschauer Vertrags etablierte der Vatikan neue polnische Bistümer auf den ehemals deutschen Gebieten östlich der Oder-Neiße-Grenze⁴⁶. Diese Regelung sorgte für eine spürbare Entspannung der Verhältnisse zwischen deutschen und polnischen katholischen Bischöfen. Ab den 1970er Jahren nahmen die Kontakte zwischen den Bischofskonferenzen und zwischen einzelnen Bischöfen deutlich zu. Ihren Höhepunkt erreichten diese Kontakte in dem Besuch des Primas von Polen Stefan Kardinal Wyszyński in Begleitung einiger Vertreter der Polnischen Bischofskonferenz 1978 in der Bundesrepublik und dem Gegenbesuch einer Delegation der Deutschen Bischofskonferenz zusammen mit ihrem Vorsitzenden Joseph Kardinal Höffner zwei Jahre später in Polen. Eine positive Einstellung der kirchlichen Hierarchie zu den bilateralen Kontakten förderte auch Initiativen von katholischen Laien, wobei polnische Katholiken immer wieder Ansprechpartner auch für deutsche Protestanten waren.

In den 1980er Jahren markierte die »Polenhilfe« durch Spenden sowie Lebensmittel- und Medikamententransporte ein besonderes Kapitel der deutsch-polnischen Beziehungen (sowohl im Verhältnis zur BRD als auch

45 Ein Memorandum deutscher Katholiken zu den polnisch-deutschen Fragen, hg. v. Bensberger Kreis, Mainz 1968, S. 25.

46 Zur Politik des Vatikans im Kontext der deutsch-polnischen Grenzfrage vgl. Roland CERNY-WERNER, *Vatikanische Ostpolitik und die DDR*, Göttingen 2011, S. 126–138; Karl-Joseph HUMMEL, *Der Heilige Stuhl, deutsche und polnische Katholiken 1945–1978*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 45 (2005), S. 165–214, hier S. 206–209.

zur DDR)⁴⁷. Die größten Hilfsaktionen waren eine Reaktion auf die Verhängung des Kriegsrechts in Polen und des Vorgehens der Regierung gegen die *Solidarność*-Bewegung; jedoch wurden sie auch nach der Aufhebung des Kriegsrechtes fortgesetzt. Gleichzeitig kühlte mit der Entstehung der *Solidarność* die offizielle »Freundschaft« der DDR gegenüber Polen deutlich ab, das nun wegen seiner Auflehnung gegen die kommunistischen Machthaber als ein abtrünniges Mitglied des Ostblocks galt. Diese Veränderung in der Politik führte zwar nicht zur vollständigen Einstellung der kirchlichen Kontakte zwischen den beiden Ländern, erschwerte sie aber erheblich.

Im Wendejahr 1989 brachten die Umbrüche in Polen und anderen Ländern Mittel- und Osteuropas die kommunistische Herrschaft zum Zusammenbruch. Im Zuge dieser Ereignisse fiel im November desselben Jahres die Berliner Mauer. Genau in jenen Tagen hielt sich der deutsche Bundeskanzler Helmut Kohl zu einem offiziellen Besuch in Polen auf. Zusammen mit Tadeusz Mazowiecki, dem ersten demokratischen Ministerpräsidenten Polens seit Kriegsende und zugleich einem der aktivsten Verfechter der deutsch-polnischen Versöhnung in den vergangenen Jahrzehnten, nahm er in Kreisau/Krzyżowa an einer Eucharistiefeier teil, die als »Versöhnungsmesse« in die Geschichte eingehen sollte. Sie wird auch als Fallbeispiel in diesem Band analysiert.

Im Oktober 1990 erfolgte dann die Wiedervereinigung Deutschlands. Nur einen Monat später unterzeichneten die Außenminister Polens Krzysztof Skubiszewski und des wiedervereinigten Deutschlands Hans-Dietrich Genscher den »Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über die Bestätigung der zwischen ihnen bestehenden Grenzen«⁴⁸. 1991 folgte der von Helmut Kohl und Mazowieckis Amtsnachfolger Jan Krzysztof Bielecki unterzeichnete »Vertrag über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit«⁴⁹. Die beiden Vertragsparteien äußerten darin ihre Überzeugung »von der Notwendigkeit, die Trennung Europas endgültig zu überwinden und eine gerechte und dauerhafte europäische Friedensordnung zu schaffen«⁵⁰, und verpflichteten sich, sich »in europäischer Verantwortung« dafür einzusetzen, »den Wunsch ihrer bei-

47 Dariusz WOJTAŚZYN, Karitative Hilfe für *Solidarność*, in: KZG 24 (2011), H. 2, S. 437–445.

48 Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über die Bestätigung der zwischen ihnen bestehenden Grenzen vom 14. November 1990, in: Deutsche Vertretungen in Polen, URL: <<https://polen.diplo.de/blob/478920/e168a1461147fd390b8a3ce739486a2c/vertrag-grenze-1990-data.pdf>> (28.06.2018).

49 Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit vom 17. Juni 1991, in: Polen-Analysen Nr. 180, 19.04.2016, S. 11–20, URL: <<http://www.laender-analysen.de/polen/pdf/PolenAnalysen180.pdf>> (28.06.2018).

50 Ebd., Präambel.

den Völker nach dauerhafter Verständigung und Versöhnung in die Tat umzusetzen«⁵¹. Diese Ereignisse markierten in besonderer Weise die allgemeineuropäische Dimension der deutsch-polnischen Versöhnung, die bereits Jahrzehnte zuvor, in einem noch geteilten Europa, von christlichen Intellektuellen postuliert wurde – diesem Thema widmet sich das abschließende Fallbeispiel dieses Bandes.

c) Herausforderungen für die deutsch-polnische Versöhnung

Bis die Staatsoberhäupter Deutschlands und Polens die Bezeichnung »Versöhnung« für die Annäherung der beiden Völker in einem Vertrag benutzten, hatten die Akteure dieses Prozesses mit vielen Hindernissen zu ringen; auch der Vertrag selbst stellte eher eine Bekundung des beiderseitigen Versöhnungswillens als eine Feststellung einer bereits erreichten Versöhnung dar. Obwohl weit fortgeschritten, kann die deutsch-polnische Versöhnung nicht als abgeschlossen gelten und steht noch heute vor Herausforderungen, die ihre Wurzeln in der Vergangenheit haben. Im Folgenden sei nur auf vier dieser Herausforderungen hingewiesen, die zwar unterschiedlicher Art sind, sich aber tief miteinander verbinden: die politische Lage mit ihrem Einfluss auf die Handlungsmöglichkeiten der Kirchen, die territorialen Streitfragen, die Erinnerung und die gegenseitige Wahrnehmung der Deutschen und Polen. Mit diesen Herausforderungen wurden die Akteure auf unterschiedliche Art und Weise in allen in diesem Band untersuchten Fallbeispielen konfrontiert.

Politische Lage und Handlungsmöglichkeiten der Kirchen

Mit der ersten Herausforderung, nämlich dem Einfluss der politischen Lage auf die Handlungsmöglichkeiten der Kirchen, sind sowohl das jeweilige politische System in der BRD, DDR und in Polen als auch der globalpolitische Kontext des Kalten Krieges, der sich auf das bilaterale deutsch-polnische Verhältnis auswirkte, gemeint. Beides änderte sich infolge der politischen Wende von 1989 und schuf neue Rahmenbedingungen für die deutsch-polnische Versöhnung, auch hinsichtlich des Engagements der Kirchen in diesem Prozess. Der politischen Lage kommt unter den Herausforderungen für den Versöhnungsprozess eine besondere Bedeutung zu: Sie konstituiert in erheblichem Maße jede der drei anderen hier genannten Herausforderungen.

Die konkrete politische Situation in Europa führte wesentlich zu einer Asymmetrie der bilateralen Kontakte und einzelner Versöhnungsinitiativen im jeweiligen Land. Für das kirchliche Engagement zugunsten einer

51 Ebd., Art. 1.

deutsch-polnischen Versöhnung war vor 1989 die politische Lage in der Bundesrepublik – im Vergleich zu derjenigen in der DDR und Polen – am günstigsten. Das demokratische System bot den Kirchen in der Öffentlichkeit Handlungsfreiheit. Gleichwohl war diese Handlungsfreiheit faktisch in zweifacher Hinsicht eingeschränkt – zum einen durch die enge Bindung vor allem der katholischen Kirche an die CDU/CSU und somit an deren politisches Programm, zum anderen durch die Kriegserfahrungen der Kirchenmitglieder, insbesondere der Millionen von Vertrieben unter ihnen. So stieß etwa die oben erwähnte Ostdenkschrift der EKD und die Predigt Döpfners zum Teil auf regen Widerstand aus den eigenen kirchlichen Reihen. Ein weiteres Beispiel für die Einschränkungen der kirchlichen Versöhnungsbemühungen seitens der politischen Umstände liefert das Bensberger Memorandum von 1968. Die Unterzeichner forderten die Wiedergutmachung an den polnischen Opfern des NS-Terrors als notwendige Bedingung zur Versöhnung zwischen Deutschland und Polen. Sie betrachteten es als ein großes Unrecht, dass die ehemaligen KZ-Häftlinge in den osteuropäischen Ländern – im Gegensatz zu den Opfern im Westen – aus den Entschädigungszahlungen seitens der Bundesregierung bislang ausgenommen wurden⁵². Die ungleiche Behandlung der Opfer des Nationalsozialismus durch die Bundesregierung gründete in der von 1955 bis 1969 geltenden Hallstein-Doktrin. Im Allgemeinen besagte diese, dass die BRD keine diplomatischen Beziehungen zu den Staaten unterhalten sollte, die ihrerseits diplomatische Beziehungen zur DDR unterhielten. Dass man den Ostblockstaaten Entschädigungen vorenthielt, war eine der Umsetzungsformen der Hallstein-Doktrin. Dies betraf auch Polen als einen der Verbündeten der DDR im Rahmen des Ostblocks. Die Doktrin wurde erst mit der neuen Ostpolitik durchbrochen. Diese politische Veränderung ermöglichte, dass die katholische Initiative zur Unterstützung der polnischen ehemaligen KZ-Häftlinge als Maximilian-Kolbe-Werk eine strukturierte Organisationsform annehmen konnte⁵³. Gleichzeitig aber verlief die Stoßrichtung umgekehrt: Es lässt sich nämlich nicht ausschließen, dass die Versöhnungsimpulse der 1960er Jahre den Anstoß zu einer neuen Ostpolitik gaben.

In der DDR und in Polen hatten die Kirchen bis 1989 sehr beschränkte Handlungsmöglichkeiten – und dies nicht nur in Bezug auf das deutsch-polnische Verhältnis. Dort galten die Kirchen generell als Feind des kommunistischen Systems. Gegen Kirchen als Institutionen und gegen ihre einzelnen Vertreter wurden Repressalien angewendet; die Staatsicherheit überwachte nicht nur Kirchenmitglieder, die im politischen oder gesellschaftlichen Bereich aktiv waren, sondern auch innerkirchliche Angelegenheiten.

52 Bensberger Memorandum, S. 22f.

53 Dazu vgl. STEMPIN, Das Maximilian-Kolbe-Werk, S. 26–31, 151–171.

Unter solchen Umständen beobachteten die kommunistischen Regierungen beider Länder die Initiativen zur deutsch-polnischen Versöhnung mit tiefem Misstrauen. Bis Ende der 1960er Jahre interpretierten die Machthaber Versöhnungsinitiativen als eine Infragestellung zum einen der »Freundschaft« zwischen der DDR und Polen, zum anderen des – propagandistisch sehr nützlichen – negativen Bildes von der Bundesrepublik. So deutete die Regierung in Polen die Versöhnungsbotschaft der Bischöfe von 1965 als ein Handeln zum Schaden der polnischen Staatsräson und entfachte die stärkste antikirchliche Kampagne seit dem Stalinismus⁵⁴. Wie viele andere Aktivitäten der Kirchen standen auch die deutsch-polnischen Annäherungsversuche auf der christlichen Ebene bis 1989 unter der Beobachtung des Sicherheitsapparats. Somit mussten die Beteiligten an den Versöhnungsinitiativen aus der DDR und Polen – anders als in der BRD – nicht bloß mit mehr oder weniger günstigen Außenbedingungen ihrer Tätigkeiten, sondern auch mit Repressalien gegen sie selbst und ihre Familien rechnen. Diese prekären politischen Bedingungen für Versöhnung kommen besonders deutlich in dem Fallbeispiel zur Aktion Sühnezeichen zum Vorschein.

Territoriale Streitfragen

Die Beschlüsse der Jalta-Konferenz 1945, vor allem die Westverschiebung polnischer Grenzen, schufen neue geopolitische Umstände, die das deutsch-polnische Verhältnis nachhaltig prägen und belasten sollten. Die in Jalta besiegelten deutschen Gebietsverluste wurden von den Siegermächten als eine Neuordnung Europas verstanden, die ihre eigenen Interessen (vor allem aber diejenigen der Sowjetunion) sichern sollte. Diese Verluste betrafen Regionen, in denen Deutsche jahrhundertlang gelebt hatten; diese wurden nun im Zuge der Zwangsmigrationen von Deutschen und Polen zementiert. Bis Mitte der 1960er Jahre gehörte die Grenzrevision zu den Hauptzielen der bundesdeutschen Außenpolitik. Dann trat zwar eine allmähliche Veränderung in dieser Hinsicht ein, doch blieb die Politik der BRD in Bezug auf die Grenzen noch bis 1990 sehr ambivalent. Die territorialen Streitfragen stellten daher eine zweite Herausforderung für die deutsch-polnische Versöhnung dar, denn damit besaßen die direkten Kriegsfolgen eine über Jahrzehnte hinweg währende Aktualität für die Tagespolitik.

Im Zuge der neuen Grenzziehung verkleinerte sich das Territorium Polens im Vergleich zum Stand in der Vorkriegszeit. Eine eventuelle Revision der westlichen Grenze hätte eine weitere Minderung des Territoriums bedeutet

54 Eine Übersicht der Quellen zu diesem Sachverhalt liefert: Tadeusz KRAWCZAK, Der Versöhnungsbrief der polnischen Bischöfe in den Augen der Partei und des Sicherheitsdienstes, in: BOLL u.a. (Hg.), Versöhnung und Politik, S. 164–172.

(denn es war davon auszugehen, dass die Sowjetunion die eigens annektierten Ostgebiete Polens nicht abtreten würde) und somit ein gravierendes Existenzproblem für Polen dargestellt. Die polnischen Bewohner der ehemals deutschen Gebiete sahen ihre Existenz als unsicher an, weil man befürchtete, dass im Falle eventueller künftiger Verträge zwischen Bonn und Moskau die Oder-Neiße-Grenze zum Verhandlungsobjekt werden könnte. Angesichts dieser fundamentalen Unsicherheit und der polnischen Erfahrungen unter der deutschen Besatzung wurden in Polen deutsche Grenzrevisionsforderungen als Anmaßung empfunden. Über Jahrzehnte hinweg betrachteten nämlich nicht wenige Vertriebenenmilieus vor allem sich selbst als Opfer und die Polen als Täter. Die kommunistische Propaganda in Polen verwies gerne auf diese und ähnliche Forderungen, um eine politische Allianz mit der Sowjetunion als notwendig zum Schutz vor einer immerwährenden deutschen Bedrohung zu begründen⁵⁵. Da die neue Grenzziehung die kirchlichen territorialen Strukturen der Vorkriegszeit beeinträchtigte, war das deutsch-polnische Verhältnis auch im Bereich der Kirchen davon belastet. Die Kirchen vornehmlich in Westdeutschland – und vor allem ihre offiziellen Vertreter – sahen sich zu einer Gratwanderung zwischen der Annäherung an Polen, den Beziehungen zur CDU/CSU (die einer Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze sehr lange ablehnend gegenüberstand) sowie den mehreren Millionen Vertriebenen und deren Organisationen herausgefordert. Man warf der katholischen Kirche in Polen vor, sie sei an der staatlichen kommunistischen Politik der Polonisierung der ehemals deutschen Gebiete und somit an der Zerstörung deutscher – evangelischer und katholischer – kirchlicher Strukturen beteiligt. Die katholische Kirche in Polen befand sich hingegen in einer durchaus prekären Lage. Sie wollte den in diesen Gebieten nun angekommenen Polen aus dem Osten ein Gefühl von Heimat geben. Zugleich sah sie sich mit der antikirchlichen Politik der kommunistischen Regierung konfrontiert. Diese Politik setzte der Kirche umso mehr zu, als die polnischen kirchlichen Strukturen in den betreffenden Gebieten bis 1972 einen vorläufigen Charakter besaßen und zwar mit Einwilligung des Vatikans, der keine Tatsachen schaffen wollte, welche die politischen territorialen Verträge vorwegnehmen würden. In den Kontext dieser angespannten politischen Situation gehört vor allem das Fallbeispiel über die religiös motivierten kirchlichen Interventionen im politischen Diskurs.

55 Basil KERSKI / Robert ŻUREK, Der Briefwechsel zwischen den polnischen und deutschen Bischöfen von 1965. Entstehungsgeschichte, historischer Kontext und unmittelbare Wirkung, in: Basil KERSKI u.a. (Hg.), »Wir vergeben und bitten um Vergebung«. Der Briefwechsel der polnischen und deutschen Bischöfe von 1965 und seine Wirkung, Osnabrück 2006, S. 7–53, hier S. 14–16.

Erinnerung

Die anhaltenden territorialen Kontroversen trugen massiv dazu bei, dass die Erinnerung der Deutschen und Polen an die tragische jüngste Vergangenheit wachblieb. Die Erinnerung stellte – und stellt bis heute – die dritte Herausforderung für die deutsch-polnische Versöhnung dar. Obwohl es sich um denselben Krieg handelt, gehen die deutsche und die polnische Erinnerung daran zum Teil auseinander; sie hat sich zudem seit dem Kriegsende verändert und ist noch heute auch innerhalb des jeweiligen Landes nicht homogen.

In Polen entwickelten sich unterschiedliche Formen von Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg⁵⁶, die man grob in zwei Strömungen aufteilen kann. Erstens existierte eine offizielle kommunistische Erinnerung, mit der man versuchte, ein polnisch-nationales und zugleich einseitig antideutsches Narrativ über den Krieg zu etablieren. Die Polen fungierten darin fast ausschließlich als Opfer des NS-Terrors, mit Ausnahme der Kollaborateure und der Unterzeichner der »Volksliste«, die bereits seit dem Kriegsende als Symbolfiguren für Schande und Verrat galten. Eine Auseinandersetzung mit der polnischen Beteiligung an der Vertreibung der Deutschen sowie die Erinnerung an den Verlust der polnischen Ostgebiete an die Sowjetunion wurden von der Propaganda unterdrückt. Das kommunistische Narrativ stellte die Kriegsoffer allgemein als Polen dar; die Erinnerung daran, dass über die Hälfte dieser Kriegsoffer polnische Juden waren, wurde an den Rand gedrängt.

Parallel zu der manipulierten kommunistischen Erinnerung existierte, zweitens, eine innerhalb der Kirche und in den Familien überlieferte Erinnerung. Diese fiel vielschichtiger aus. Hier war zwar auch – ähnlich wie in der offiziellen Strömung – die Überzeugung von der Kollektivschuld der Deutschen stark verbreitet, man erinnerte sich jedoch auch an deutsche Mitglieder des Widerstandes gegen das NS-Regime sowie an einzelne Deutsche, die mit Juden und Polen menschlich umgingen oder ihnen sogar halfen⁵⁷. In den Kreisen katholischer Intellektueller wurden schon vor der Wende von 1989 Themen wie die Vertreibung der Deutschen, die Shoah und die Haltung der Polen zu den Juden diskutiert. Nach der Wende von 1989 erhielt die Shoah auch in der offiziellen polnischen Erinnerung ihren eigenen Platz, was

56 Den Umgang mit der Vergangenheit in Polen und im europäischen Vergleich skizziert bspw.: Martin AUST, *Polnische Geschichtsbesessenheit? Revision eines Stereotyps durch Vergleich und Verflechtung*, in: Hans Henning HAHN u.a. (Hg.), *Deutsch-polnische Erinnerungsorte*, Bd. 4: Reflexionen, Paderborn u.a. 2013, S. 49–62.

57 Einen wichtigen Beitrag zur Differenzierung des polnischen Deutschlandbildes in der NS-Zeit lieferte das 1970 veröffentlichte Buch von Anna Morawska über Dietrich Bonhoeffer; deutsche Ausgabe: Anna MORAWSKA, *Dietrich Bonhoeffer. Ein Christ im Dritten Reich*, übers. und hg. v. Winfried LIPSCHER, mit einem Vorwort von Tadeusz MAZOWIECKI, Münster 2011. Zu Anna Morawska und zur Bedeutung von Bonhoeffer für die Mitglieder der Aktion Sühnezeichen vgl. der Beitrag von Christian Wollmann und Robert Żurek in diesem Band.

mit den erst ab diesem Zeitpunkt möglichen öffentlichen Debatten über das komplexe und ambivalente polnisch-jüdische Verhältnis unter den Bedingungen der NS-deutschen Besatzung – einschließlich der von Polen begangenen Verbrechen an ihren jüdischen Mitbürgern – aufkam. Neben dem NS-Terror wurden auch die Vertreibung sowie die Erfahrungen der Polen unter der sowjetischen Besatzung und ihr Heimatverlust infolge der Jalta-Beschlüsse Teil des öffentlichen Diskurses⁵⁸.

Die deutsche Erinnerungslandschaft in Bezug auf den Krieg stellt sich ebenfalls als sehr komplex dar⁵⁹. Hier gilt es, zwischen der Erinnerung und der gezielten Geschichtspolitik der beiden deutschen Staaten vor 1990 zu unterscheiden. In Westdeutschland erklärte man in den ersten Jahrzehnten nach dem Krieg die führenden Nazis für das ganze Unheil verantwortlich; ihre wahren Absichten und Handlungsmethoden seien der Gesamtheit der Gesellschaft nicht bewusst gewesen bzw. die Mehrheit der Deutschen hätte sich von den Machthabern verführen lassen⁶⁰. Deutsche Kriegsverbrechen im östlichen Europa, darunter in Polen, hatten weder im öffentlichen Narrativ noch in den Familiengeschichten einen Platz. Die Forderungen nach Revision der Oder-Neiße-Grenze und Zurückgewinnung der verlorenen Heimat im Osten waren hingegen sehr präsent, auch im kirchlichen Diskurs⁶¹. Der

58 Zur Erinnerung in Polen 1989 vgl. bspw.: Peter Oliver LOEW, Helden oder Opfer? Erinnerungskulturen in Polen nach 1989, in: Osteuropa 58 (2008), H. 6, S. 49–62; Anna WOLFF-POWĘSKA, Strategien der Erinnerung in Polen – die zivilgesellschaftliche Alternative, in: Étienne FRANÇOIS u.a. (Hg.), Geschichtspolitik in Europa seit 1989. Deutschland, Frankreich und Polen im internationalen Vergleich, Göttingen 2013, S. 68–93.

59 Vgl. z.B.: Karl-Joseph HUMMEL, Gedeutete Fakten: Geschichtsbilder im deutschen Katholizismus 1945–2000, in: HUMMEL/ KÖSTERS (Hg.), Kirchen im Krieg, S. 507–567; Edgar WOLFRUM, Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Der Weg zur bundesrepublikanischen Erinnerung 1948–1990, Darmstadt 1999.

60 Selbst wenn gegenwärtig dieses Narrativ über die Vergangenheit in Deutschland nicht mehr dominant ist – Splitter davon erscheinen im öffentlichen Diskurs. Dies betrifft beispielsweise die Rede von Papst Benedikt XVI. während seines Besuchs in Auschwitz-Birkenau 2006. Der Papst betonte den symbolischen Charakter seiner Anwesenheit dort als »Sohn des deutschen Volkes«, fügte dann aber hinzu, es wäre ein Volk, »über das eine Schar von Verbrechern mit lügnerischen Versprechungen, mit der Verheißung der Größe, des Wiedererstehens der Ehre der Nation und ihrer Bedeutung, mit der Verheißung des Wohlergehens und auch mit Terror und Einschüchterung Macht gewonnen hatte, so daß unser Volk zum Instrument ihrer Wut des Zerstörens und des Herrschens gebraucht und mißbraucht werden konnte«. Apostolische Reise nach Polen. Ansprache von Benedikt XVI: im Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau am 28. Mai 2006, URL: <http://w2.vatican.va/content/benedict-xvi/de/speeches/2006/may/documents/hf_ben-xvi_spe_20060528_auschwitz-birkenau.html> (27.05.2017).

61 HUMMEL, Gedeutete Fakten, S. 509–512; Robert ŻUREK, Odpowiedź biskupów niemieckich na Orędzie biskupów polskich, in: KUCHARSKI/ STRAUCHOLD (Hg.), Wokół Orędzia, S. 121–131, hier S. 124f.; ders., Zwischen Nationalismus und Versöhnung, S. 198–200.

Zusammenhang zwischen den territorialen Verlusten und der deutschen Verantwortung für den Krieg gehörte allerdings meistens nicht dazu. Mit den Prozessen gegen NS-Verbrecher seit 1957, besonders seit den Frankfurter Auschwitz-Prozessen von 1963 bis 1965, ferner mit der 1968er-Bewegung und dem Kniefall Brandts von 1970 wurde die Erinnerung an den jüngsten Krieg zunehmend differenziert und erstreckte sich auch auf deutsche Kriegsverbrechen, wobei sich diese Erinnerung auf die Shoah konzentrierte⁶², wodurch sowohl deutsche als auch andere, nicht-jüdische Opfer teilweise aus dem Fokus gerieten. Die Veränderungen in der Erinnerung bedeuteten allerdings noch nicht, dass die frühere Denkweise vollkommen verschwand.

In der DDR war jegliche Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit politisch unterbunden. Die offizielle Propaganda präsentierte die DDR als Friedensstifterin an der Seite der Sowjetunion und wälzte die Verantwortung für die NS-Verbrechen auf die Bundesrepublik ab. Damit war die Beteiligung der nun in der DDR lebenden Deutschen am NS-Regime verdrängt. Diese Logik teilten viele DDR-Bürger, weil sie sich somit von der Notwendigkeit einer Konfrontation mit der eigenen Vergangenheit entbunden sahen⁶³. Die Propaganda sprach von einer »Friedensgrenze« zu Polen an der Oder und Neiße, bestätigt durch das Görlitzer Abkommen zwischen der DDR und der Volksrepublik Polen von 1950. Den Vertriebenen, die nun in der DDR lebten, wurde keine Gelegenheit gegeben, den Verlust ihrer Heimat aufzuarbeiten (man nannte sie nicht »Vertriebene«, sondern »Umsiedler«); das SED-Regime unterband jegliche Versuche in dieser Hinsicht⁶⁴. Mit der deutschen Wiedervereinigung verschwand die offizielle Erinnerung der DDR an den Krieg aus der Öffentlichkeit. In den neuen Bundesländern wurden nach 1990 – zumindest offiziell – die bislang westdeutschen Narrative und Geschichtspolitik dominierend. Heute lässt sich im wiedervereinigten Deutschland eine vielschichtige Erinnerung an den Krieg beobachten. Einerseits erinnert man sich an die eigenen Verluste infolge der Bombardements durch die Alliierten, an die Leiden der Kriegsgefangenschaft und an die Vertreibung. Andererseits setzt man sich – auch wissenschaftlich – mit der Verstrickung diverser Institutionen, darunter auch der Kirchen,

62 Gregor FEINDT, *Flucht und Vertreibung zwischen Kaltem Krieg und Universalisierung*, in: Ders. u.a. (Hg.), *Europäische Erinnerung als verflochtene Erinnerung. Vielstimmige und vielschichtige Vergangenheitsdeutungen jenseits der Nation*, Göttingen 2014, S. 153–177, hier S. 160–163.

63 So die Einschätzung von: Edmund DIMITRÓW, *Die Bedeutung der Erinnerung für den deutsch-polnischen Dialog*, in: Ewa KOBYLINSKA / Andreas LAWATY (Hg.), *Erinnern, vergessen, verdrängen. Polnische und deutsche Erfahrungen*, Wiesbaden 1998, S. 53–65, hier S. 57.

64 Theo MECHTENBERG, *Versöhnung gegen Widerstände. Kirchliche Poleninitiativen in der DDR*, in: BOLL u.a. (Hg.), *Versöhnung und Politik*, S. 296–315, hier S. 305f.

Unternehmen oder gesellschaftlicher Gruppen mit dem NS-Regime auseinander⁶⁵. Im öffentlichen Raum wird der Opfer der NS-Verbrechen gedacht.

Die Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus in Deutschland ist allerdings vor allem auf die Shoah und die jüdischen Opfer fokussiert; andere Opfergruppen sind weniger präsent – darunter auch die Polen. Vielen Deutschen ist das Ausmaß des NS-Terrors auf polnischem Boden immer noch relativ unbekannt⁶⁶. Weitestgehend unbekannt bleiben in Deutschland auch diverse Formen der polnischen Geschichtsaufarbeitung. Dafür sehen sich Polen manchmal mit den von deutscher Seite ausgehenden Vorwürfen konfrontiert, sie würden sich den Schattenseiten der eigenen Vergangenheit nicht stellen und sich stattdessen ausschließlich als Opfer stilisieren. In Polen ist die Komplexität der deutschen Erinnerungslandschaft allerdings auch nicht sehr bekannt; der Verdacht, die Deutschen würden die neueste Geschichte fälschen, ist in der polnischen Öffentlichkeit immer noch abrufbar.

Diese Dissonanz in der Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg ist vor dem Hintergrund der europäischen Erinnerungslandschaft zu betrachten. Im westlichen Europa wurde das Narrativ über die jüngste Vergangenheit von der Erinnerung an die Shoah und den Vernichtungskrieg dominiert. An dieses Narrativ schließt das heutige Geschichtsbild in Deutschland an. Die Erfahrung Polens und der Länder Osteuropas mit der deutschen und auch der

65 Zur Auseinandersetzung der Kirchen mit der Vergangenheit vgl. bspw.: Karl-Joseph HUMMEL, Der deutsche Katholizismus und die »Vergangenheitsbewältigung« nach 1945, in: Leonid LUKS (Hg.), Das Christentum und die totalitären Herausforderungen des 20. Jahrhunderts. Rußland, Deutschland, Italien und Polen im Vergleich, Köln 2002, S. 269–296; Thomas BRECHENMACHER/Harry OELKE (Hg.), Die Kirchen und die Verbrechen im nationalsozialistischen Staat, Göttingen 2011. Aus dem Bereich der Wirtschaft vgl. bspw.: Michael KISSNER, Boehringer Ingelheim im Nationalsozialismus. Studien zur Geschichte eines mittelständischen chemisch-pharmazeutischen Unternehmens, Stuttgart 2015. Unter den staatlichen Institutionen ging bspw. das Bundeskriminalamt den NS-Wurzeln seiner Funktionäre nach: Imanuel BAUMANN u.a., Schatten der Vergangenheit. Das BKA und seine Gründungsgeneration in der frühen Bundesrepublik, Köln 2011.

66 Dies mag daran liegen, dass die dort begangenen Verbrechen nicht zu den Familiengeschichten gehören – im Gegensatz zu der in polnischen Familien überlieferten Erinnerung. Vgl. Björn KRONDORFER, Abschied von (familien-)biographischer Unschuld im Land der Täter. Zur Positionierung theologischer Diskurse nach der Shoah, in: Katharina VON KELLENBACH u.a. (Hg.), Von Gott reden im Land der Täter. Theologische Stimmen der dritten Generation seit der Shoah, Darmstadt 2001, S. 11–28. Vgl. auch dazu: Robert TRABA, Pamięć, in: Alfred GALL u.a. (Hg.), Interakcje. Leksykon komunikowania polsko-niemieckiego, Bd. 2., Wrocław 2015, S. 40–54, hier S. 51f.; umfassend zu der in den Familien tradierten Erinnerung: Harald WELZER u.a., »Opa war kein Nazi«. Nationalsozialismus und Holocaust im Familiengedächtnis, Frankfurt a.M. 2005.

sowjetischen Besatzung konnten sich bis heute nicht als ein fester Bestandteil dieses europäischen Narratives etablieren, was als eine der Folgen der über 40 Jahre andauernden Teilung Europas gewertet werden kann.

Wenn Versöhnung eine Auseinandersetzung mit der Vergangenheit und somit eine Aufdeckung der Wahrheit über das geschehene Unrecht voraussetzt, verbirgt sich in der zum Teil auseinanderklaffenden Erinnerung der Deutschen und Polen an den Krieg sowie in der bescheidenen Kenntnis über die jeweilige Erinnerung des Gegenübers eine nicht geringe Herausforderung für die Versöhnung. Im Mittelpunkt des deutsch-polnischen Verhältnisses stand nämlich bereits seit dem Kriegsende vor allem die Auseinandersetzung mit der jüngsten Vergangenheit und den dauerhaften Kriegsfolgen. Die oben erwähnten grundlegenden Dokumente zur deutsch-polnischen Versöhnung aus den 1960er Jahren – Döpfners Hedwigspredigt, die Ostdenkschrift der EKD, der Briefwechsel der Bischöfe sowie das Bensberger Memorandum – behandelten alle diese Problematik. Die späteren Dokumente betonten zwar zunehmend die gemeinsamen Aufgaben der Deutschen und Polen in Europa, die Erinnerung an den Krieg blieb allerdings immer präsent, nicht zuletzt auch in dem Nachbarschaftsvertrag von 1991⁶⁷. Organisationen wie die Aktion Sühnezeichen oder das Maximilian-Kolbe-Werk nahmen in ihren Initiativen ebenfalls dezidiert Bezug auf die Vergangenheit und suchten nach einem konkreten Umgang mit deren weitreichenden Folgen.

Heute stellt sich die Frage, ob die starke Fokussierung auf die Vergangenheit die beiden Seiten nicht von der Würdigung dessen ablenkt, was auf dem Weg der bilateralen Annäherung bereits erreicht wurde und somit als Frucht der Versöhnung gelten könnte: die endgültige Absicherung der Oder-Neiße-

67 Hierzu gehören bspw. zahlreiche Aussagen während des offiziellen Besuchs der Vertreter des polnischen Episkopats in der Bundesrepublik 1978: Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz (Hg.), Dokumentation der Predigten und Ansprachen; und des Gegenbesuchs seitens des deutschen Episkopats in Polen 1980; ders. (Hg.), Begegnung der Deutschen Bischofskonferenz mit der Konferenz des Polnischen Episkopates in Polen im September 1980. Dokumentation der Predigten und Ansprachen, Oktober 1980, Bonn 1980; gemeinsame Erklärungen der beiden Episkopate zu den runden Jahrestagen des Briefwechsels von 1965: Gemeinsame Erklärung der Deutschen Bischofskonferenz und der Polnischen Bischofskonferenz aus Anlass des 30. Jahrestages des Briefwechsels von 1965 (13. Dezember 1995), in: Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz (Hg.), Lange Wege – Dokumente zur Versöhnungsarbeit der Katholischen Kirche in Deutschland, Bonn 2009, S. 125–138; gemeinsame Erklärung der Deutschen Bischofskonferenz und der Polnischen Bischofskonferenz aus Anlass des 40. Jahrestages des Briefwechsels von 1965 (21. September 2005), in: Ebd., S. 139–143; sowie: Zukunft gestalten aus dem Geist erfahrener Versöhnung. Gemeinsame Erklärung der Vorsitzenden der Polnischen und der Deutschen Bischofskonferenz aus Anlass des 50. Jahrestages des Briefwechsels von 1965, in: Deutsche Bischofskonferenz, URL: <http://www.dbk.de/fileadmin/redaktion/diverse_downloads/presse_2015/2015-223c-Gemeinsame-Erklärung-50-J-Briefwechsel.pdf> (27.05.2017).

Grenze durch internationale Verträge, die gemeinsame Mitgliedschaft Deutschlands und Polens in der NATO und EU, der kulturelle, wirtschaftliche und wissenschaftliche Austausch⁶⁸. Selbst angesichts der Kontroversen im Bereich der Erinnerung und Geschichtsaufarbeitung gibt es keine Tabus mehr, was im Vergleich zu den direkten Nachkriegsjahrzehnten als Errungenschaft gelten kann.

In einem Vierteljahrhundert seit der Wende von 1989 und der Wiedervereinigung vermochten es Deutsche und Polen allerdings nicht, ein gemeinsames Narrativ über diese beiden Ereignisse zu erschaffen. Zwar wird auf der Website der deutschen diplomatischen Vertretungen in Polen betont, dass Veränderungen in Europa von Polen ausgegangen seien: »Sie brachten Polen die Freiheit, Deutschland die Einheit und dem vereinten Deutschland und Polen eine Nachbarschaft in Freundschaft⁶⁹.« Erscheint aber manchmal in der deutschen Öffentlichkeit der Mauerfall nicht als der eigentliche Startpunkt des Zusammenbruchs des Kommunismus, ohne eine Referenz auf die vorausgegangenen Ereignisse in Polen und anderen osteuropäischen Ländern? Damit verbindet sich die Frage nach der Wahrnehmung der Wende von 1989: Gilt diese als ein Beitrag osteuropäischer Gesellschaften, darunter auch der polnischen, zur europäischen Integration⁷⁰ oder eher als der Zeitpunkt, von dem an Osteuropa anfang, seine Rückständigkeit aufzuholen?

Gegenseitige Wahrnehmung der Deutschen und Polen

Durch die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg, der die bereits früher existierenden negativen Stereotype und Vorurteile noch verstärkte, wurde die gegenseitige Wahrnehmung der Deutschen und Polen nachhaltig geprägt.

⁶⁸ Der wissenschaftliche Austausch bezieht sich unter anderem auch gezielt auf die Erinnerung und Geschichtsaufarbeitung. Als Beispiele seien hier genannt die gemeinsame deutsch-polnische Schulbuchkommission, URL: <<http://deutsch-polnische.schulbuchkommission.de/home.html>> (27.05.2017), und das groß angelegte Projekt zu den deutsch-polnischen Erinnerungsorten, in dem Unterschiede, Parallelen und Überschneidungen der Erinnerung in Deutschland und Polen identifiziert und von systematischen Reflexionen begleitet werden: Hans Henning HAHN u.a. (Hg.), *Deutsch-polnische Erinnerungsorte*, Bd. 1: *Geteilt / Gemeinsam*, Paderborn u.a. 2015; ders. u.a. (Hg.), *Deutsch-polnische Erinnerungsorte*, Bd. 2: *Geteilt / Gemeinsam*, Paderborn u.a. 2014; ders. u.a. (Hg.), *Deutsch-polnische Erinnerungsorte*, Bd. 3: *Parallelen*, Paderborn u.a. 2012; ders. u.a. (Hg.), *Deutsch-polnische Erinnerungsorte*, Bd. 4: *Reflexionen*, Paderborn u.a. 2013; ders. u.a. (Hg.), *Deutsch-polnische Erinnerungsorte*, Bd. 5: *Erinnerung auf Polnisch: Texte zu Theorie und Praxis des sozialen Gedächtnisses*, Paderborn u.a. 2015.

⁶⁹ *Deutsch-polnischer Nachbarschaftsvertrag*, in: *Deutsche Vertretungen in Polen*, URL: <<https://polen.diplo.de/pl-de/02-themen/02-2-politische-beziehungen/01-deutschland-polen/nachbarschaftsvertrag/481526>> (28.06.2018).

⁷⁰ Dazu vgl. Detlev PREUSSE, *Umbruch von Unten. Die Selbstbefreiung Mittel- und Osteuropas und das Ende der Sowjetunion*, Wiesbaden 2014.

Sie stellte – und stellt weiterhin – die dritte Herausforderung für die Versöhnung dar. Dem Eroberungskrieg und den Terrormaßnahmen gegen Polen lag die NS-Ideologie zugrunde, die Polen als »Untermenschen« und Deutsche als »Herrenvolk« auffasste. Bis heute fand im deutsch-polnischen Kontext keine gezielte Auseinandersetzung darüber statt – anders als beispielsweise im deutsch-französischen Versöhnungsprozess, wo beide Seiten ausdrücklich an der Überwindung der gegenseitigen Wahrnehmung als »Erbfeinde« arbeiteten⁷¹.

Die fehlende Auseinandersetzung mit Stereotypen und Vorurteilen kann in gewisser Hinsicht mit der Teilung Europas bis 1989 in zwei politische Blöcke und den damit verbundenen Einschränkungen in der Kommunikation zwischen beiden Völkern sowie mit einer Ideologisierung ihres Verhältnisses in Verbindung gebracht werden. Allerdings beeinflussen vergangene Erfahrungen, negative Zuschreibungen und immer noch lebendige Stereotypen auch heute noch – trotz der günstigen kommunikativen Situation – die gegenseitige Wahrnehmung von Deutschen und Polen wesentlich. Laut der Stereotypenforschung fällt die deutsche Berichterstattung über Polen in den Medien relativ einseitig aus⁷². Durch die Auswahl der berichteten Teilaspekte konkreter Ereignisse werden negative Stereotype (z.B. Chaos, Kriminalität, Antisemitismus) bestätigt. Stereotype erschweren allerdings nicht nur den Aufbau guter partnerschaftlicher Beziehungen, sondern auch die für den Versöhnungsprozess so grundlegende Auseinandersetzung mit der Vergangenheit. Die aktuellen negativen Stereotype über Polen werden nämlich auf polnische Kriegssopfer rückprojiziert, so dass ihr Opferstatus dadurch in Frage gestellt wird⁷³.

Auf der polnischen Seite bleiben die negativen Stereotype über Deutsche, die man als arrogant, aggressiv und überheblich beurteilt, lebendig. Die stereotypenhafte deutsche Polenberichterstattung, der man in Polen viel Aufmerksamkeit schenkt, dient dabei im Umkehrschluss als Be-

71 Mehr zur Bedeutung der gegenseitigen Wahrnehmung für Versöhnungsprozesse vgl. Urszula PĘKALA, Versöhnungsasymmetrien. Die deutsch-polnische und die deutsch-französische Versöhnung nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Aleksandra CHYLEWSKA-TÖLLE (Hg.), Perspektiven eines Dialogs. Studien zu deutsch-polnischen Transferprozessen im religiösen Raum/Perspektywy dialogu. Studia na temat niemiecko-polskich procesów transferowych w przestrzeni religijnej, Berlin 2016, S. 83–99, hier S. 91–97.

72 Vgl. z.B. Anna KOCHANOWSKA-NIEBORAK, Stereotype contra Versöhnung. Über Stereotype als behindernder Faktor des deutsch-polnischen Versöhnungsprozesses, in: CHYLEWSKA-TÖLLE (Hg.), Perspektiven eines Dialogs, S. 113–129.

73 Anna KOCHANOWSKA-NIEBORAK, Zur Relation von Versöhnung, Stereotypen, Geschichtspolitik und Erinnerungskultur, in: KZG 26 (2013), H. 1, S. 95–115, hier S. 111. Vgl. auch Hans Henning HAHN, »Mit denen da kann man sich einfach nicht vertragen«. Methodische Überlegungen zur Rolle von Stereotypen in Versöhnungsprozessen, in: Ebd., S. 63–72.

stätigung dieser negativen Vorstellungen über Deutsche. Deutsche werden immer wieder der Hegemoniebestrebungen in Europa und des Geschichtsrevisionismus' verdächtigt. Der polnische auf Deutsche bezogene Stereotyp als geschichtsvergessen oder revisionistisch wird durch die jüngsten deutsch-polnischen Geschichtskontroversen genährt. Hier seien nur zwei Beispiele kurz erwähnt. Zum einen sorgten um die Jahrtausendwende in Polen die Ansprüche der deutschen Vertriebenenorganisationen, vor allem des Bundes der Vertriebenen mit Erika Steinbach an der Spitze und der Preußischen Treuhand, für Aufregung. Man betrachtete dies als einen Rückschlag im Verhältnis zu den bislang erreichten Fortschritten auf dem Weg der deutsch-polnischen Versöhnung. Zum anderen wurde in Polen die im März 2013 vom ZDF (und drei Monate später im polnischen Fernsehen) ausgestrahlte Mini-Serie »Unsere Mütter, unsere Väter« mit Besorgnis, wenn nicht sogar mit Empörung, aufgenommen. Man las diese filmische Erzählung als einen Versuch, die deutsche Verantwortung für den Zweiten Weltkrieg zu relativieren: Die Verantwortung für die Kriegsverbrechen sei teilweise auf die von NS-Deutschland besetzten Länder verschoben und der Krieg selbst als eine alles überrollende Katastrophe jenseits von jeglicher individuellen Verantwortung der Menschen dargestellt worden⁷⁴. Trotz gewisser negativer Züge fällt aber insgesamt das Deutschlandbild der Polen positiver als das Polenbild der Deutschen aus. Umfragen zufolge ergibt sich in der gegenseitigen Wahrnehmung der Nachbarn eine gravierende Disproportion: Das polnische Deutschlandbild löst sich allmählich von der historischen Belastung, so dass bei mehr als 50 Prozent der Polen Deutschland positive Assoziationen weckt wie Erfolg, Modernität und Selbstbewusstsein; der Begriff »Pole« ist in der deutschen Öffentlichkeit hingegen weiterhin pejorativ belegt⁷⁵.

Auf das Problem der gegenseitigen Wahrnehmung machten die deutschen und polnischen Bischöfe in ihrer 2009 veröffentlichten gemeinsamen Erklärung zum 70. Jahrestag des Kriegsausbruchs aufmerksam. Sie riefen die beiden Völker auf zum »Verzicht auf Stereotypen, die wirkliches Verstehen behindern und das mühsam gewachsene Vertrauen zwischen

74 Die Darstellung der Geschichte in der ZDF-Serie wurde allerdings nicht nur in Polen, sondern auch in einigen deutschen und US-amerikanischen Medien kritisiert. Vgl. bspw.: Martin SCHULZE-WESSEL, Falschen Vorstellungen und Begriffen energisch entgegenwirken, Interview im L.I.S.A. Wissenschaftsportal der Gerda-Henkel-Stiftung: URL: <http://www.lisa.gerda-henkel-stiftung.de/content.php?nav_id=4794> (27.05.2017); A. O. SCOTT, A History Lesson, Airbrushed. »Generation War« Adds a Glow to a German Era, in: The New York Times, 14. Januar 2014, URL: <http://www.nytimes.com/2014/01/15/movies/generation-war-adds-a-glow-to-a-german-era.html?_r=0> (27.05.2017).

75 Vgl. den Beitrag (unter Berufung auf aktuelle Umfragen): KOCHANOWSKA-NIEBORAK, Stereotype contra Versöhnung, S. 118f.

Polen und Deutschen untergraben können«⁷⁶. Eine dezidierte, systematische Auseinandersetzung mit Stereotypen und Vorurteilen – sowohl im kirchlichen als auch im öffentlichen Bereich – scheint trotzdem bis heute nur ansatzweise auf der Agenda der deutsch-polnischen Versöhnung berücksichtigt zu werden.

3. Fallbeispiele aus dem deutsch-polnischen Versöhnungsprozess

Aus dem hier geschilderten Verlauf und den Herausforderungen des deutsch-polnischen Versöhnungsprozesses wird bereits ersichtlich, wie stark eine religiös motivierte und von kirchlichen Akteuren getragene Versöhnung jeweils in den politischen Kontext eingebunden ist und mit diesem zu ringen hat. Bei den in diesem Band analysierten Fallbeispielen handelt es sich nicht so sehr um eine detaillierte Rekonstruktion des Versöhnungsprozesses in seinem chronologischen Ablauf als vielmehr um eine Beleuchtung seiner vielfältigen Aspekte. An jedem der vier Fallbeispiele wird die Verflechtung zwischen Religion und Politik im Versöhnungsprozess identifiziert – in symbolträchtigen Ereignissen (die Messe in Kreisau), Organisationen (Aktion Sühnezeichen), Diskursen (über Versöhnung und Vertreibung) und politisch-gesellschaftlichen Entwicklungen, die über das bilaterale Verhältnis hinausreichen (europäische Integration).

a) Versöhnung symbolisch kommuniziert. Die Messe in Kreisau am 12. November 1989

Die Messe in Kreisau am 12. November 1989 ging in die jüngste Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen als »Versöhnungsmesse« ein. Sie fand am Ende des Schwellenjahres 1989 statt, das mit den Umwälzungen in Mittel- und Osteuropa sowie mit dem Mauerfall in Berlin eine wichtige Zäsur für das deutsch-polnische Verhältnis darstellt. Die Messe in Kreisau kann als eine Schnittstelle *par excellence* von Religion und Politik gelten. Es handelte sich hier um eine religiöse Aktion, die mit reichen historischen Bezugnahmen in ein politisches Geschehen eingebettet war; die Hauptfiguren waren zwei Politiker aus dem christlichen Spektrum – Helmut Kohl und Tadeusz Mazowiecki. Die Organisatoren (vor allem der Bischof von Oppeln Alfons Nossol) und die Teilnehmer griffen auf konkrete Erinnerungsmuster zurück und setzten gezielt verschiedene Symbole ein. Dabei war sichtbar, wie sie versuchten, reli-

⁷⁶ Erklärung aus Anlass des 70. Jahrestages des Beginns des Zweiten Weltkrieges am 1. September 1939 (25.08.2009), in: Biuro Prasowe Episkopatu Polski (Hg.), Akta Konferencji Episkopatu Polski, Nr. 16 / 2009, Warszawa 2009, S. 16–19, hier S. 17.

göse und politische Elemente in ein Verhältnis zueinander zu setzen, um der Öffentlichkeit die Versöhnungsbotschaft mit Hilfe von Symbolen und symbolischen Handlungen zu kommunizieren. An diesem Fallbeispiel lässt sich somit eine im Versöhnungsprozess nicht selten zu beobachtende Aneignung eines religiösen Handelns durch Politik feststellen, in der jedoch der religiöse Charakter dieses Ereignisses nicht vollständig aufgeht. Darüber hinaus zeigt das Beispiel der Messe in Kreisau, welche wichtige Rolle für Versöhnung eine Repräsentation durch Politiker als demokratisch gewählte Vertreter der Nation sowie kirchliche Amtsträger als Vertreter der Kirchengemeinschaften spielt.

b) Von der Versöhnungsarbeit zur politischen Opposition.
Protagonisten der Aktion Sühnezeichen in der DDR
und ihre Motivation zum politischen Handeln

Die in der Evangelischen Kirche in der DDR entstandene, ökumenisch ausgerichtete Aktion Sühnezeichen ist für ihre Versöhnungsgesten gegenüber Polen bekannt. An den Lebensgeschichten von drei Mitgliedern der Aktion Sühnezeichen – Stephan Bickhardt, Ludwig Mehlhorn, Konrad Weiß – zeigt das Fallbeispiel, wie das religiös motivierte Versöhnungsengagement gegenüber Polen für diese drei Männer zu einer zunehmend politischen Aufgabe wurde und sie schließlich zur politischen Opposition innerhalb der DDR führte. Dabei lässt sich nicht nur beobachten, wie das religiös motivierte Handeln eine politische Stoßrichtung gewann, sondern auch wie sich ein Umfeld entwickelte, das jahrzehntelang – anders als bei der Gründung von Aktion Sühnezeichen vorgesehen – das konkrete politische Engagement beeinflusste. Die Politisierung der Versöhnung mit Polen erscheint allerdings nicht nur als eine explizite Absicht der Akteure, im politischen Bereich tätig zu werden, sondern sie resultiert zugleich aus den Umständen eines totalitären Staates, in dem ein religiös motiviertes Versöhnungshandeln von den Machthabern als politisch (nämlich als eine Unterminierung des offiziellen Verhältnisses zwischen der DDR und Polen) gewertet wurde. Sobald die theologische Idee der Versöhnung den kirchlichen Rahmen verlassen hatte, indem sie auf das deutsch-polnische Verhältnis angewandt wurde, wurde sie zu einem Politikum. Das religiös motivierte Versöhnungsengagement der untersuchten Akteure hatte jedoch weitere Auswirkungen im politischen Bereich: Weil die drei Akteure im Rahmen der Aktion Sühnezeichen die Versöhnungsinitiative in Richtung Polen ergriffen hatten, wurde es ihnen überhaupt erst möglich, die polnische antikommunistische Opposition kennenzulernen, was sich wiederum in ihren eigenen oppositionellen Aktivitäten innerhalb der DDR niederschlug.

c) Politischer Diskurs und religiöse Interventionen. Kirchliches Sprechen über deutsch-polnische Versöhnung in ausgewählten Schlüsseltexten

Die deutsche Besatzung Polens im Zweiten Weltkrieg und die Westverschiebung polnischer Grenzen mit der daraus resultierenden Zwangsmigration waren Themen, die den politischen Diskurs über die deutsch-polnischen Beziehungen über Jahrzehnte hinweg prägten. Kirchliche Akteure in der BRD, DDR und in Polen identifizierten diese Themen als Hindernis für den Aufbau friedlicher Beziehungen zwischen den beiden Völkern und versuchten sie immer wieder zum Gegenstand einer deutsch-polnischen »Versöhnung« zu machen. In diesem Fallbeispiel werden ausgewählte kirchliche Schlüsseltexte daraufhin analysiert, unter welchen Umständen und in welcher Form die religiös motivierten kirchlichen Interventionen in den politischen Diskurs über Fragen der deutsch-polnischen Beziehungen erfolgten. Zeitgenössisch nicht selten als eine unberechtigte Einmischung der Kirchen in politische Angelegenheiten kritisiert, scheinen diese Texte doch dazu beigetragen zu haben, dass heutzutage die deutsch-polnische Annäherung unter dem christlich geprägten Begriff »Versöhnung« zusammengefasst wird – und zwar nicht nur innerhalb der Kirchen, sondern auch im politischen und im breiteren gesellschaftlichen Bereich. Somit können die analysierten Texte als eine Übersetzung der christlich motivierten Forderung nach Versöhnung in den säkularen Diskurs betrachtet werden. Das Zusammenspiel von Religion und Politik lässt sich allerdings nicht nur an der Wirkungsgeschichte der Texte ablesen, sondern liegt bereits ihrer Entstehung zugrunde. Beim Verfassen der Texte mussten die Autoren nämlich zwischen theologischen und politischen Argumenten gewichten sowie ihren möglichen Anwendungsbereich vor Augen haben – vor allem dort, wo sie eine transnationale christliche Glaubensgemeinschaft über die nationalen und politischen Gegensätze stellen wollten. Selbst wenn sie dabei keine ausführliche Theorie von Versöhnung im gesellschaftlichen und internationalen Bereich anstrebten, setzten sie sich doch – stets in Bezug auf den jeweiligen Kontext – mit durchaus theoretischen Fragen nach dem Verhältnis von Versöhnung und Erinnerung, Versöhnung und Wiedergutmachung, nach Subjekten von Versöhnung oder dem richtigen Zeitpunkt hierfür auseinander.

d) Versöhnung und Integration. Die europäische Dimension der deutsch-polnischen Verständigung in der Auffassung deutscher und polnischer Christen

Während die drei oben genannten Fallbeispiele vornehmlich auf Spezifika des bilateralen deutsch-polnischen Verhältnisses fokussieren, verortet das

abschließende Fallbeispiel den Versöhnungsprozess zwischen Deutschen und Polen im europäischen Kontext und fragt zugleich nach dessen gesamteuropäischer Relevanz. Ein bilateraler Versöhnungsprozess ist nämlich nie nur auf das Verhältnis der involvierten Parteien beschränkt; er ist immer in einen breiteren Kontext eingebettet. Im Falle der deutsch-polnischen Versöhnung stellt Europa diesen Kontext dar und zwar in dreifacher Hinsicht: Erstens bedingt die politische Situation in Europa bis heute das deutsch-polnische Verhältnis; zweitens stellt Europa als eine Gemeinschaft von gemeinsamen Werten und Kultur einen wichtigen Bezugsrahmen für Deutsche und Polen dar; drittens ist Europa eine gemeinsam durch Deutsche und Polen zu gestaltende Wirklichkeit. Das Fallbeispiel schildert im Überblick das Nachdenken über die Zusammenhänge von Europa und der deutsch-polnischen Versöhnung bei ausgewählten evangelischen und katholischen Akteuren seit der direkten Nachkriegszeit bis zum EU-Beitritt Polens im Jahre 2004. Diese Zusammenhänge lassen sich entlang zweier sich gegenseitig ergänzender Stränge ordnen: Einerseits wird die schon lange vor 1989 von vielen christlichen Akteuren ersehnte Einigung des Kontinents als eine nachhaltige Lösung der deutsch-polnischen Spannungen angesehen; andererseits betrachtet man eine religiös motivierte deutsch-polnische Versöhnung als eine Voraussetzung für das Gelingen der europäischen Integration.

4. Übergreifende Ergebnisse

Der in diesem Band gebotenen Analyse von Fallbeispielen lag eine offene Herangehensweise an den Forschungsgegenstand »Versöhnung« zugrunde. Diese Offenheit bestand zum einen darin, für die Fallbeispiele unterschiedliche Ansätze zu erproben, ohne einen bestimmten einheitlichen methodischen Zugriff festzulegen. Zum anderen war das Verfahren deskriptiv bzw. empirisch-analytisch und nicht normativ. Das Ziel war, die Zusammenhänge von religiösen und politischen Faktoren im deutsch-polnischen Versöhnungsprozess zu erschließen und die Interaktionen aufzuzeigen. Es ging also weder um eine systematische Begriffsbestimmung von »Versöhnung«, noch um eine wertende Beantwortung der Frage, ob die deutsch-polnische Annäherung zutreffend als »Versöhnung« bezeichnet werden kann oder nicht. Diese offene Herangehensweise an die Thematik schützt vor Verkürzungen und »teleologischen« Interpretationen. Sie erlaubt dagegen den Versöhnungsprozess als einen dynamischen in den Blick zu nehmen, der nicht geradlinig verläuft, sondern in seiner Kontextgebundenheit sich einer Generalisierung und universellen Übertragbarkeit verweigert.

a) Kontextgebundenheit von Versöhnung

Versöhnung ist also kein geradliniger Prozess zur Wiederherstellung einer zerbrochenen Beziehung. Hindernisse und Rückschläge gehören genauso dazu wie Fortschritte in der gegenseitigen Annäherung. Es kommt dabei – was alle vier Fallbeispiele auf unterschiedliche Art und Weise belegen – sowohl auf den Versöhnungswillen der Akteure selbst als auch auf ihr Geschick an, Politiker und breitere Teile der Gesellschaft für die Sache zu gewinnen. Die Akteure müssen ihre Versöhnungsinitiativen überzeugend vermitteln, legitimieren, gegebenenfalls auch rechtfertigen. In den Fallbeispielen fällt dabei auf, dass die Akteure selbst über Versöhnung als solche wenig systematisch nachdenken. Es geht eher um die praktische Anwendung der Versöhnungs-idee, die stillschweigend als allgemein verständlich vorausgesetzt wird, auf konkrete Sachverhalte, die als Belastung des bilateralen Verhältnisses identifiziert werden (z.B. die Oder-Neiße-Grenze und Vertreibung). Je nach Anwendungsbereich treten unterschiedliche Elemente von Versöhnung in den Vordergrund (z.B. Erinnerung, Wiedergutmachung).

Argumente und Handlungsformen werden den konkreten politischen Umständen im jeweiligen Land sowie in Europa im Allgemeinen angepasst. Dies führt nicht selten Spannungen herauf zwischen der theologischen Motivation, die sich auf die universale Versöhnungsbotschaft des Evangeliums stützt, einerseits, und den patriotisch-nationalen Loyalitäten sowie der Einbindung der Akteure in ein konkretes politisches, nationales und gesellschaftliches Umfeld andererseits (diese Spannungen veranschaulichen insbesondere die Fallbeispiele über Kreisau und über Versöhnungsdiskurse). Hinzu kommt der Zwang, zwischen einem Handeln gemäß den eigenen Überzeugungen und der Wahrung der persönlichen Sicherheit unter den Bedingungen eines repressiven totalitären Systems austarieren zu müssen (Fallbeispiel über die Aktion Sühnezeichen). Somit erscheint Versöhnung als ein in vielerlei Hinsicht stets kontextgebundener Aushandlungsprozess.

Die Bezeichnung »Versöhnung« wird dabei sowohl für das Ergebnis als auch für den Weg dahin verwendet. Versöhnung ist also kein Zustand, der ein für alle Mal erreicht werden kann, sondern sie muss immer wieder neu unternommen werden – über Generationen hinweg. Versöhnung basiert auf vielen Akteuren aus Kirche, Politik, Gesellschaft und hängt von diversen Faktoren ab. All das konstituiert eine besondere Dynamik der Versöhnung. Paradoxerweise ist es diese Dynamik, die in längerer Zeitperspektive einen Erfolg des Versöhnungsprozesses verspricht: Der Prozess wird multilateral getragen; die Hindernisse resultieren langfristig nicht im Abbruch des Prozesses, sondern eher im Überdenken und in besserer Anpassung der Handlungsoptionen an den jeweiligen Kontext. So ist Versöhnung mit einem ständigen Ringen verbunden, das auf Dauer nicht abgeschlossen scheint: Ringen des Einzelnen mit

der eigenen persönlichen Haltung, Ringen der Akteure um Durchsetzung und ein nachhaltiges Ergebnis, um Rezeption und Deutung, schließlich – selbst wenn auf einer ganz anderen Ebene – Ringen der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler mit dem komplexen Forschungsgegenstand.

b) Zusammenhänge von Religion und Politik im Versöhnungsprozess

Unschärfe Konturen von politischer und religiöser Sphäre

Der deutsch-polnische Versöhnungsprozess weist auf eine Verflechtung von politischer und religiöser Sphäre hin. Diese Ausgangshypothese wurde im Rahmen des Projekts bestätigt. Dazu seien die Schlussfolgerungen im Überblick thesenhaft zusammengefasst⁷⁷.

Im Kontext von Versöhnung werden Religion und Politik durch die Akteure auf unterschiedliche Weise in Beziehung zueinander gesetzt. Die Kirchen kommen dabei als Teil der Gesellschaft in den Blick. Evangelische und katholische Vereine, Laienorganisationen und Einzelpersonen sind sowohl religiös gebundene bzw. im kirchenrechtlichen Verständnis kirchliche Akteure als auch Akteure der Zivilgesellschaft und der Öffentlichkeit, Angehörige einer konkreten Nation, schließlich Staatsbürger. Politiker wiederum sind selten weltanschauungsneutral und bekennen sich – manchmal auch öffentlich, im Rahmen der Ausübung ihres politischen Amtes – als Kirchenmitglieder.

Bei den Vertretern der Politik lassen sich hauptsächlich zwei Umgangsweisen mit dem Verhältnis von Religion und Politik beobachten. Die kommunistischen Regierungen in der DDR und Polen strebten eine strenge Trennung bzw. eine Parallelität der beiden Sphären an. Dies fand Ausdruck darin, dass sie die Versöhnungsinitiativen als eine unberechtigte Einmischung der Kirchen in die Außenpolitik oder eine Hinterfragung der offiziellen Geschichtsschreibung ansahen und nicht selten auch Repressalien gegen Akteure der Versöhnung anwandten. Bundeskanzler Kohl und Premierminister Mazowiecki griffen hingegen beim Aufbau guter Beziehungen zwischen Deutschen und Polen bewusst auf die christliche Idee der Versöhnung zurück; sie scheuten sich nicht, bei dem politischen Besuch Kohls in Polen Anleihen an religiöser Symbolik zu machen, um diese Idee der breiten Öffentlichkeit zu kommunizieren.

⁷⁷ Eine detaillierte Analyse, wie diese Verflechtung konkret funktioniert, bieten die einzelnen Fallstudien in diesem Band.

Die in der Versöhnung engagierten christlichen Akteure überschritten stets die Grenze zwischen Religion und Politik. Wenn sie sich als Kirchenmitglieder aus einer religiösen Überzeugung heraus in einer durchaus politischen Angelegenheit der Aufarbeitung eines internationalen Konflikts engagierten, bewegten sie sich sowohl in binnenkirchlichen als auch in politischen Kontexten. Diese Grenzüberschreitung erfolgte stets implizit, wenn die Akteure aus einer religiösen Motivation heraus die Durchdringung aller Lebensbereiche – in der Konsequenz auch der Politik – mit den Prinzipien des Evangeliums anstrebten. Unter Umständen konnte sich aus dem gläubigen Festhalten an evangelischen Prinzipien eine politische Opposition entwickeln, wie die Biographien der Mitglieder von Aktion Sühnezeichen zeigen. Christliche Akteure forderten aber auch explizit ein politisches Handeln weiterer Christen ein, wie beispielsweise im Bensberger Memorandum.

Im Versöhnungsprozess beeinflussen sich Religion und Politik gegenseitig, allerdings verläuft die Stoßrichtung vornehmlich von der Religion zur Politik, weniger von der Politik zur Religion. Religion beeinflusst Politik *direkt*, indem der von christlichen Akteuren aus ihrem Glauben heraus initiierte Versöhnungsprozess auf der politischen Ebene tatsächlich eingeleitet wird, zumindest dann, wenn sich die Bedeutung eines solchen Prozesses auch anderen Teilen der Gesellschaft außerhalb der Kirchen als plausibel erschließt. Ein christlich motiviertes Engagement für Versöhnung beeinflusst Politik *indirekt* dann, wenn es die Akteure zu politischen Handlungen hinleitet, die über die Versöhnung selbst hinausgehen. Politik wiederum beeinflusst Religion im Zusammenhang mit Versöhnung, indem sie den Kirchen Handlungsräume in der Öffentlichkeit und in der Gesellschaft eröffnet bzw. sie eingrenzt. Politik schafft aber auch Tatsachen, die die Kirchen dazu zwingen, ihren Standort und ihr Selbstverständnis neu zu reflektieren.

Aus diesen Gründen lässt sich im Falle der deutsch-polnischen Versöhnung schwer eine scharfe Trennlinie zwischen Religion und Politik ziehen. Diese Unschärfe resultiert daraus, dass – so zeigen es die vier Fallstudien auf – das Verhältnis von beiden Sphären kontextabhängig jeweils neu ausgehandelt wird.

Impulse aus dem deutsch-polnischen Versöhnungsprozess für die theologische Reflexion über Versöhnung

Wenn in allen Fallstudien dieses Bandes ein christliches Versöhnungsverständnis als Hintergrundfolie für die Analysen fungierte, so deshalb, weil die herangezogenen Quellen dies eindeutig nahelegen. Wie bereits oben angemerkt, unternahmen die Akteure selten eine systematische Reflexion über die Versöhnung bzw. den Versöhnungsbegriff. Indem sie aber im Kontext der deutsch-polnischen Annäherung ein theologisch begründetes Versöhnungs-

verständnis auf politische Sachverhalte anwandten, forderten sie gleichzeitig dieses Verständnis in gewisser Hinsicht heraus. Somit lassen sich aus der konkreten Lebenspraxis der Akteure einige Impulse zur systematischen Reflexion über das theologische Versöhnungsverständnis gewinnen.

Vor allem kann im politischen Kontext der für die Versöhnung grundlegende Gottesbezug nicht immer direkt postuliert werden und bleibt daher auf die Sphäre der Handlungsmotivation der Akteure beschränkt. In symbolischen Handlungen – wie in Kreisau – wird durchaus Bezug auf Gott genommen, wo es aber beispielsweise um Regulierung der Rechtslage um die neue deutsch-polnische Grenze geht, ist dieser Bezug nicht mehr explizit präsent.

Des Weiteren hat ein theologisches Verständnis von Versöhnung in erster Linie ein Geschehen zwischen Gott und Mensch sowie zwischen Individuen im Blick. In der deutsch-polnischen Versöhnung erfolgt dessen kollektive Ausweitung auf ganze Gesellschaften. In ihrer kollektiven Dimension erhalten Versöhnungsinitiativen einen zweifachen Bezugsrahmen. Sie funktionieren als Initiativen, die an die jeweils andere Konfliktpartei gerichtet sind (wie beispielsweise die Sommerlager der Aktion Sühnezeichen in Polen). Zugleich müssen sie aber überzeugend in der eigenen Gruppe kommuniziert werden, damit sie tatsächlich eine Annäherung der bislang verfeindeten Parteien bewirken können (wie zum Teil die religiös motivierten Interventionen in den politischen Diskurs über die deutsch-polnische Versöhnung und deren europäische Dimension). Schließlich erfahren die betroffenen Gruppen innere Spaltungen, die es ebenfalls zu überwinden gilt. Außerdem erstreckt sich die Versöhnungsarbeit auf Generationen ohne eigene Kriegserfahrung.

Die praktische kollektive Ausweitung von Versöhnung hat weitreichende Konsequenzen für deren Verständnis, denn somit erweitert sich der Fokus von Versöhnung weit über das direkte Opfer-Täter-Verhältnis hinaus. Vor diesem Hintergrund stellt sich mit Dringlichkeit die Frage nach den Subjekten von Versöhnung und nach deren Mandat, Versöhnungsgesten zu vollziehen. Die analysierten Fallbeispiele führen zu folgender Beantwortung dieser Frage. Versöhnung zwischen Kollektiven kann nicht ohne eine Repräsentation auskommen. Diese kann unterschiedlich legitimiert werden: mit dem Amt (Kirchenvorsteher als Repräsentanten der Gläubigen), mit der demokratischen Wahl (Staatsoberhäupter als Repräsentanten der politischen bzw. nationalen Gemeinschaft), mit einem moralischen Imperativ, sich den Belastungen der Vergangenheit aus dem Glauben heraus zunächst individuell zu stellen und ferner mit dem Bestreben, zu einem »Sauerteig« (vgl. Lk 13,21; Mt 13,33) für die Gesellschaft zu werden (Aktion Sühnezeichen). Die »Repräsentanten« nutzen unterschiedliche Mittel, um dem Einzelnen einen Anteil am Versöhnungshandeln zu geben und ihn somit zum Subjekt von Versöhnung zu machen. So wird durch symbolische Handlungen – wie die Messe in Kreisau – ein Raum geschaffen, in dem sich der Einzelne selbst als Deutscher,

Pole, Schlesier, Christ, Vertriebener wiederfinden und daraus Inspiration für die eigene persönliche Haltung schöpfen kann. Dieser Raum wird allerdings nicht nur für diejenigen geschaffen, die an dem Ereignis direkt teilnehmen, sondern es wird durch die mediale Verbreitung darüber hinaus zugänglich gemacht und behält seine Wirksamkeit noch jahrelang nach dem Ereignis selbst. Durch offizielle Memoranden, Erklärungen, Predigten oder Publizistik werden zudem Probleme identifiziert und Lösungen postuliert, so dass der Einzelne über sein Nachdenken und idealerweise über konkrete (politische) Entscheidungen in den Versöhnungsprozess miteinbezogen wird. Zwischen der symbolischen Handlung und dem öffentlichen politischen Engagement platziert sich eine Form, die beides kombiniert, wie Wallfahrten und Arbeitslager der Aktion Sühnezeichen. In allen diesen Fällen geht es nur bedingt um eine direkte Versöhnung zwischen Tätern und Opfern. Vielmehr stellen sie einen Anstoß zu sozialer und individueller Aufarbeitung der Vergangenheit dar. Man kann dabei beobachten, dass im Versöhnungsprozess in der Repräsentation drei zwischenmenschliche Bezüge zusammenlaufen: zwischen Individuen, zwischen Individuum und Kollektiv, schließlich zwischen Kollektiven. Die Repräsentation vermag allerdings nicht, den Einzelnen von der persönlichen Entscheidung für oder gegen Versöhnung zu entbinden.

Im deutsch-polnischen Kontext engagierten sich in Versöhnungsinitiativen in der Regel diejenigen, die keine persönliche Schuld an den zu sühnenden Verbrechen trugen⁷⁸. Neben dem angesprochenen Anteil der Mitglieder eines Kollektivs an der von »Repräsentanten« vollzogenen Versöhnung wird dadurch das Problem des Anteils an den Verbrechen berührt. Schuld ist nicht übertragbar. Wie kann dies also eine Sühneleistung sein? Eine mögliche Antwort gab Karl Kardinal Lehmann in seinem Wort als Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz zum 50. Jahrestag des Ausbruchs des Zweiten Weltkrieges:

Es leben heute nicht mehr viele, die sich unmittelbar fragen müssen, ob sie in diesem Krieg Verbrechen Vorschub geleistet haben oder selbst Verbrecher geworden sind. Die nachfolgenden Generationen sind nicht in dieser Weise verantwortlich für das, was damals geschah. Aber damit allein ist die Frage der Schuld und ihrer Ursachen nicht erledigt. Alle sind nämlich vom gemeinsamen Erbe der Folgen betroffen und müssen diese schwere Last in Solidarität mittragen. Es gibt eine Solidargemeinschaft nicht nur im Erfolg und im Glück, sondern auch im Leid und in der Trauer. Erst recht sind alle verantwortlich für das, was aus unserem Volk in der Zukunft wird⁷⁹.

78 Anders als beispielsweise in Südafrika, wo sich die Opfer bei den Anhörungen der Wahrheitskommissionen zum Teil direkt mit ihren ehemaligen Peinigern konfrontierten.

79 Karl LEHMANN, Wort zum 50. Jahrestag des Ausbruchs des Zweiten Weltkrieges am

Die hier angesprochene Betroffenheit »vom gemeinsamen Erbe der Folgen« kann sich in unterschiedlicher Form auf weite Personenkreise erstrecken. In erster Linie bezieht sie sich auf diejenigen, die den Krieg selbst erlebten. Betroffen sind allerdings auch alle, die der Gesellschaft angehören, auf der ein erlittenes oder den Anderen angetanes Unrecht lastet. Betroffenheit ergibt sich hier durch die Geschichte der eigenen Familie (unabhängig davon, ob sie erzählt oder verheimlicht wurde) oder durch die Präsenz der Vergangenheitsdiskurse in der Öffentlichkeit. Damit sind sehr wohl auch die nachfolgenden Generationen betroffen, selbst wenn sie weder den Krieg selbst erlebten noch den Zeitzeugen direkt begegneten.

Die Betroffenheit allein macht noch keine Versöhnung aus. Es scheint allerdings, dass es gerade die Erfahrung der Betroffenheit durch das Geschehene war, die die untersuchten Akteure zur freiwilligen Übernahme der Verantwortung führte und sie ferner dazu bewog, sich für die Versöhnung zu engagieren. Die Übernahme von Verantwortung und die Sühneleistung bei fehlender persönlicher Schuld erweckt – theologisch gesehen – eine direkte Assoziation mit dem stellvertretenden Sühnetod Christi. Inwiefern die Akteure ihre Handlungen in dieser Perspektive betrachteten, lässt sich schwer ermitteln.

c) »Versöhnung« als Forschungsgegenstand

Die gesellschaftlich-politische Reichweite von Versöhnung ist aus zwei Gründen schwer messbar: Zum einen ist Versöhnung ein Prozess, der von vielen Einzelpersonen getragen wird und aus vielen Ereignissen und Begegnungen besteht, von denen die schriftlichen Quellen oft keine Auskunft geben; zum anderen vollzieht sich Versöhnung nicht nur in öffentlichkeitswirksamen symbolischen Gesten oder kirchlichen und politischen Deklarationen, sondern sie berührt auch die individuelle Disposition des Menschen, die für eine wissenschaftliche Analyse nicht leicht zugänglich ist.

Trotzdem sind Forschungen über Versöhnung nicht zum Scheitern verurteilt. Wissenschaftlich greifbar ist Versöhnung nämlich über konkrete Texte, Ereignisse und Handlungen, in denen Akteure selbst von Versöhnung sprechen oder die in der Rezeption nachträglich als Versöhnung bezeichnet werden. Die Quellenanalyse ermöglicht eine Einsicht in Ziele und Legitimierungsstrategien der Akteure. Daraus erschließt sich die Geschichtlichkeit von Versöhnung in dreifacher Hinsicht: Versöhnung ist ein Prozess, den man in eine historische Perspektive einordnen und in einer solchen beschreiben kann (was in allen untersuchten Fallbeispielen auch geschieht); die Geschichte wird

1. September (1939–1989), in: Ders., *Erinnerung – Umkehr – Versöhnung*, Bonn 1990, S. 7–9, hier S. 7.

zum Anstoß, Bezugspunkt und Argument im Versöhnungsprozess (dies trifft ebenfalls für alle Fallbeispiele zu); die bereits erzielten Fortschritte auf dem Weg der Versöhnung werden als ein Bezugspunkt für eine weitere Gestaltung des Verhältnisses zwischen den involvierten Parteien historisiert (was insbesondere die Beiträge zum Versöhnungsdiskurs und zur europäischen Dimension der deutsch-polnischen Versöhnung belegen).

Aufgrund der Kontextgebundenheit von Versöhnung versteht sich das Ergebnis unserer Studien in methodischer Hinsicht als eine »Werkzeugkiste« von unterschiedlichen Ansätzen für jeweils unterschiedliche Kontexte, mit denen Aspekte von Versöhnung erfasst werden. Somit wird im Fallbeispiel über Kreisau mit den Zugriffen der symbolischen Kommunikation und der Rezeptionsgeschichte die Wirksamkeit öffentlicher, im religiösen Bezugsrahmen vollzogener Versöhnungsgesten dargestellt. Durch den biographischen Zugang im Fallbeispiel über die Aktion Sühnezeichen lässt sich Versöhnung als religiös motiviertes politisches Handeln nachvollziehen. Mit der diskursanalytischen Untersuchung kirchlicher Schlüsseltexte zum deutsch-polnischen Verhältnis wird Versöhnung als sprachlich konstruierte Wirklichkeit erfasst. Schließlich zeigt ein synthetisierender Überblick über thematische Stränge im Denken ausgewählter evangelischer und katholischer Akteure der deutsch-polnischen Versöhnung, dass diesem Prozess eine über den bilateralen Rahmen hinausgehende allgemeineuropäische Dimension eigen war.

Die interdisziplinäre Analyse der Fallbeispiele führt zu der Schlussfolgerung, dass der Komplexität von Versöhnung allein ein multilateraler methodischer Zugang gerecht wird, der allerdings nur dann ertragreich ist, wenn er sich auf eine einheitliche Forschungsfrage fokussiert – in diesem Band diejenige nach den Wechselwirkungen von Religion und Politik in Bezug auf Versöhnung.